



Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland

Am Puls der Zeit

**Konvention über katholisch-sozial
orientierte politische Jugend- und
Erwachsenenbildung in der AKSB
und Aktualisierende Ergänzungen**



Dr. Alois Becker
Vorsitzender



Lothar Harles
Geschäftsführer

Liebe Leserinnen und Leser,

die „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ wurde vor über zehn Jahren von der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) beschlossen. Seit dieser Zeit ist sie Grundlage und Leitbild der täglichen Arbeit. Die Konvention dient der Qualitätssicherung der Bildungsarbeit und leistet einen wichtigen Beitrag zur fachlichen und politischen Diskussion der Profession nicht-formaler politischer Jugend- und Erwachsenenbildung.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Konvention hat die AKSB im Jahr 2008 in einem Diskurs innerhalb der verschiedenen AKSB-Gremien sowie mit den Bezugswissenschaften katholisch-sozial orientierter politischer Bildung grundlegende Aspekte der Konvention überprüft, um ihr Selbstverständnis weiter zu

entwickeln und die Formulierungen zu präzisieren. Unser Dank gilt allen Experten aus Wissenschaft und Praxis für ihre intensive Mitarbeit und Unterstützung in diesem Prozess. Ein besonderer Dank gilt der von der Mitgliederversammlung 2008 eingesetzten Arbeitsgruppe, die den Ergänzungstext erarbeitet hat. Mit diesem Prozess ist es der Arbeitsgemeinschaft gelungen, eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Arbeitsgrundlage für die AKSB und ihre Partner zu präsentieren.

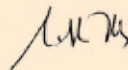
Das Ergebnis dieses Prozesses nahm die Mitgliederversammlung der AKSB am 24. November 2009 in Fulda in Form der „Aktualisierenden Ergänzungen“ zustimmend zur Kenntnis.

Beide Texte – „Konvention (1998)“ und „Aktualisierende Ergänzungen (2009)“ – werden hiermit gemeinsam vorgelegt und können bei den AKSB-Mitgliedern und in der Profession politischer und sozialetischer Bildung Anwendung finden. Diese Publikation stellt damit einen wichtigen Baustein im Prozess der sich weiterentwickelnden Professionalisierung politischer Bildung katholischer Träger dar.

Unser besonderer Dank gilt Bundesministerin Dr. Kristina Schröder, Bundesminister Dr. Thomas de Maizière und Erzbischof Dr. Reinhard Marx für ihre Geleitworte, in denen sie den Stellenwert und die Notwendigkeit der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung in unterschiedlicher Weise unterstreichen.



Dr. Alois Becker



Lothar Harles

Geleitworte

zur AKSB-Konvention von 1998 über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und den Aktualisierenden Ergänzungen von 2009



Konvention über katholisch-sozial
orientierte politische Jugend- und
Erwachsenenbildung in der AKSB



**Geleitwort des
Bundesministers des Innern,
Dr. Thomas de Maizière,
MdB**

Katholisch-sozial orientierte Jugend- und Erwachsenenbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein wichtiger Baustein ihrer politischen Bildungsarbeit ist es, Menschen zu informieren, sie bei der Entwicklung einer unabhängigen politischen Urteilsfähigkeit zu unterstützen und Teilhabemöglichkeiten anzubieten. Sie schafft dadurch wichtige Voraussetzungen für den Zusammenhalt, denn gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind eher in der Lage und bereit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und auch Schwächere in unserer Gesellschaft zu unterstützen.

Der Staat stellt die Rahmenbedingungen zur Verfügung, um die Beachtung des Gemeinwohls zu gewährleisten. Die Verwirklichung desselben, es mit Leben zu erfüllen, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft. Unsere Demokratie lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich immer wieder aufs Neue für sie einsetzen.

Eine aktive Zustimmung zur Demokratie hat viel mit Ziel- und Wertvorstellungen zu tun, die auf die Gesellschaft als Ganzes ausgerichtet sind, die Verantwortungsübernahme für sich und für andere beinhalten. Eine politische Jugend- und Erwachsenenbildung, die das Leitbild des aktiven Bürgers für sich beansprucht, braucht neben guten Rahmenbedingungen und Professionalität ethische Werte, die auf Vertrauen, Mitmenschlichkeit, Würde, Respekt und Toleranz wie auch auf politische Teilhabe und auf das Gemeinwohl orientierte Haltungen und Handlungsbereitschaft gründen.

Dies macht die katholisch-sozial orientierte Jugend- und Erwachsenenbildung aus, und es macht sie unverzichtbar. Die über 60 Mitgliedseinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke haben in der politischen Bildungsarbeit ihren festen Platz. Die vorliegende Konvention gibt wichtige Anstöße und lädt zur Reflexion der Zukunft politischer Bildung und ethischer Werte ein. Ich wünsche Ihnen für Ihre Bildungsarbeit viele weitere Anregungen, Erfolg und Zuspruch. Unsere Gesellschaft braucht Ihr Engagement.



Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern



**Geleitwort der
Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend,
Dr. Kristina Schröder**

Demokratie lebt vom vielstimmigen Meinungs austausch und vom konstruktiven Streit um die beste Lösung. Kaum jemand hat das schöner auf den Punkt gebracht als die liberale Politikerin Hildegard Hamm-Brücher:

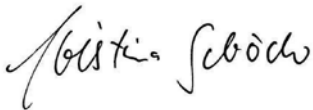
„Durch Ruhe und Ordnung kann die Demokratie ebenso gefährdet werden wie durch Unruhe und Unordnung“, hat sie einmal gesagt. Deshalb braucht Demokratie Menschen, die sich einmischen und sich vernehmbar zu Wort melden.

Voraussetzung dafür ist politische Bildung. Nur wer politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge versteht, kann sich ein eigenes Urteil bilden und unsere Gesellschaft mit gestalten. Kirchliche und konfessionelle Organisationen tragen mit ihrer Bildungsarbeit maßgeblich zur Stärkung der politischen Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürgern bei – und damit auch zur Stärkung der Demokratie und zur Verteidigung gegen ihre Feinde.

Dabei arbeiten Politik und politische Bildungsarbeit, Staat und freie Träger, Verbände und Bildungseinrichtungen sehr erfolgreich zusammen. Das zeigt sich nicht nur in der Weiterentwicklung der politischen Theorie, sondern insbesondere in der alltäglichen Praxis der Bildungseinrichtungen und Begegnungsorten. Die Konvention für katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung war und ist ein Meilenstein für eine gemeinsame, wertorientierte Bildungsarbeit. Sie bietet Orientierung bei der inhaltlichen Ausrichtung der Bildungsarbeit

und ermöglicht eine systematische Weiterentwicklung im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, neue fachliche Erkenntnisse und neue Zielgruppen.

Ich danke den Verantwortlichen in der katholisch-sozial orientierten Bildungsarbeit herzlich für ihr herausragendes Engagement in der politische Bildung und wünsche dabei weiterhin viel Erfolg!



Dr. Kristina Schröder
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



**Geleitwort von
Erzbischof
Dr. Reinhard Marx**

Im Jahr 1998 haben sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozial orientierter Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) auf eine „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ verständigt – als

gemeinsames Leitbild für ihre sozioethische und politische Bildungsarbeit. Die Grundlagen dafür wurden mit den Maßstäben der Katholischen Soziallehre und ihrem Verständnis von Gerechtigkeit und verantwortlichem Handeln für das Wohlergehen aller Menschen entwickelt. Angesichts der seither eingetretenen gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen und der weitreichenden Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen war es ein notwendiger und wichtiger Schritt, die verbindenden Werte und Überzeugungen auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und zu ergänzen.

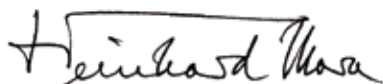
Auch die Aktualisierung zur AKSB-Konvention verpflichtet die Mitglieder in ihrer Bildungsarbeit grundsätzlich auf das christliche Menschenbild, das Gemeinwohl und die Sozialprinzipien Solidarität und Subsidiarität. Hinzu kommen jedoch drei wichtige Akzentuierungen, die in der Auseinandersetzung mit einzelnen politischen Sachthemen berücksichtigt werden müssen: eine noch stärkere Fokussierung auf die Menschenrechts-Bildung, die Förderung von Partizipation und Demokratie bei der Verfolgung des Gemeinwohls sowie als „Weltgemeinwohl“ die Entwicklung und Verfolgung von Konzepten globalen Lernens.

In globalen Krisenzeiten ist das Bedürfnis nach Orientierung

groß. Die katholisch-sozial orientierte politische Bildung hat hierbei eine wichtige Vermittlungsaufgabe. Sie muss das Bewusstsein dafür schärfen, dass die bisher vor allem wirtschaftlich verstandene Globalisierung menschlichen Bedürfnissen angepasst werden muss und dass dies über die nationalen Grenzen hinaus zu geschehen hat. Gerade wir Christen wissen als weltumspannende Gemeinschaft, wie notwendig die Verständigung auf verbindende Werte über Grenzen hinweg ist. Nur so lässt sich ein „Weltgemeinwohl“ mit einem gemeinsamen Bewusstsein und gemeinsamen Werten etablieren.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in Bezug auf ausreichende Ernährungssicherheit, zunehmende Armut und bedrohlichen Klimawandel werden immer wieder die Frage nach generationen- und beteiligungsgerechter Gestaltung aufwerfen. Es gehört zum christlichen Weltauftrag, einen eigenen Beitrag zu leisten, damit die Welt nach ethischen Grundsätzen gestaltet wird: Der Mensch muss dabei im Mittelpunkt stehen. Für die Lösungsansätze ist bereits jetzt ein intensiver Dialog von Kirche, Politik und Gesellschaft notwendig. Die katholisch-sozial orientierte politische Bildung leistet dabei einen wertvollen Beitrag, um diesen Diskurs in unserer demokratischen Gesellschaft auf allen Ebenen anzuregen und werteorientiert zu führen.

Für diese wichtige grundlegende Arbeit in Kirche und Gesellschaft danke ich Ihnen und wünsche gutes Gelingen.



Dr. Reinhard Marx
Erzbischof von München und Freising
Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz

Inhalt



Editorial	2
Geleitworte	4
I. Die AKSB-Konvention von 1998	14
<i>Einführung</i>	16
Einleitung	19
1 Wertorientierung der AKSB	20
2 Unser Verständnis von politischer Bildung	28
3 Fachliche Verortung	37
4 Institutionelle Ausgestaltung	40
II. Aktualisierende Ergänzungen 2009	48
<i>Hinführung zu den Aktualisierenden Ergänzungen 2009</i>	50
Einleitung	52
1 Demokratietheorie und Bürgerbilder	54
2 Sozialethische Grundlagen	61
3 Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen	68
4 Ausblick	74
5 Literatur	75
Sachregister	80
Informationen und Kontakt	83
Impressum	83



AKSB-Konvention von 1998

AKSB-Konvention von 1998 über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB



In der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) arbeiten 69 Akademien, Bildungseinrichtungen und Verbände zusammen, um politische und gesellschaftsbezogene Bildungsarbeit anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Durch fachdidaktischen Erfahrungsaustausch und Förderung der Fortbildung, durch gemeinsame Arbeit an Schwerpunkten und innovativen Projekten, durch Konzeptbildung und Evaluation, durch partnerschaftliches Zusammenwirken mit zentralen Stellen und Interessenvertretung in Fachfragen sowie durch Pflege internationaler Kontakte sorgen sie für fachlich qualifizierte katholisch-sozial orientierte politische Bildung in einer bundesweit wirksamen Infrastruktur.

Ihre vielfältigen fachspezifischen Angebote in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung auf nationaler und internationaler Ebene richten sich an alle Interessierten unabhängig von politischer, weltanschaulicher oder kultureller Zugehörigkeit. Durch ihre spezifische Wert- und Normenbegründung aus der christlichen Sozialethik und durch das personale Angebot der in ihr verwurzelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die AKSB ein eigenständiges Profil im Gesamtfeld der politischen Bildung.

Um die Qualität ihres spezifischen Beitrags zur politischen Bildung zu sichern, vergewissern sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft immer wieder über Ziele, Grundlagen und Rahmenbedingungen der gemeinsamen Arbeit. So haben sie 1974 ihre Position in dem Grundsatzbeschluss „Politische Bildung in katholischer Trägerschaft“ beschrieben, dem 1981 das „Konzept zur politischen Bildung der Jugend in der AKSB“ und 1988 dessen aktualisierende Ergänzung folgten. Veränderte Rahmenbedingungen und fachdidaktische Entwicklungen führten 1995 zu einer Profildebatte, in deren Verlauf die Mitglieder der AKSB ihre Ziele und ihre Ansätze kritisch reflektierten. Im Herbst 1997 setzte die Mitgliederversammlung eine elfköpfige Arbeitsgruppe ein, die die Ergebnisse der Profildiskussion in einer „Konvention“ zusammenfassen sollte.

Nach eingehender Diskussion wurde die vorliegende „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ von der Mitgliederversammlung in Trier am 26. November 1998 einstimmig beschlossen. Die Konvention beschreibt die gemeinsame Wertorientierung der AKSB (Teil 1), ihr Selbstverständnis von politischer Bildung (Teil 2), deren fachliche Verortung (Teil 3) und deren institutionelle Ausgestaltung (Teil 4).

Wertorientierung: Der Begründungszusammenhang der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung liegt in der Anthropologie der christlichen Sozialethik. Aus ihr ergibt sich die Gerechtigkeit als zentrale Perspektive für die Beurteilung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

Verständnis von politischer Bildung: Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung, indem sie die verantwortliche Teilnahme der Bürgerinnen und Bürgern am Politischen fördert. Gegenüber anderen Bereichen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zeichnet sie sich dadurch aus, daß sich die Teilnehmenden an Veranstaltungen der politischen Bildung zentral mit politischen Fragestellungen beschäftigen. Mit ihrem Angebot der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung wollen die Mitglieder der AKSB zur Verwirklichung der Vision einer gerechten Gesellschaft beitragen.

Fachliche Verortung: Katholisch-sozial orientierte politische Bildung ist ein genuin kirchlicher Auftrag, an dem die Mitglieder der AKSB mitwirken. Sie leisten als Träger der freien Jugend- und Erwachsenenbildung neben anderen Trägern einen eigenständigen Beitrag zur politischen Bildung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Mit ihrer spezifischen Wertorientierung sind sie Teil des pluralen Trägerspektrums der Jugendhilfe und der Weiterbildung.

Institutionelle Ausgestaltung: Der pädagogische Ansatz katholisch-sozial orientierter politischer Bildung wird wesentlich durch das personale Angebot geprägt. Über die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten hinaus werden Werthaltungen authentisch vertreten und begründet. Die Teilnehmenden werden als Person angenommen, in ihrer Wertorientierung herausgefordert und in ihrem Lebensvollzug respektiert.

Mit der vorliegenden Konvention leistet die AKSB einen Beitrag zur fachlichen Diskussion über Bedeutung und Gestaltung der politischen Bildung in der Jugendhilfe und in der Weiterbildung in öffentlicher und kirchlicher Verantwortung. Sie bekennt sich zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung der Kirche, im Fachbereich sowie mit den kommunalen und staatlichen Instanzen, deren Aufgabe die Anregung und Förderung der politischen Bildung ist. Die Beschäftigung mit Politik als einem „autonomen Sachbereich“ (Gaudium et spes, Ziff. 36) gehört zu den Kernaufgaben des kirchlichen Heils- und Weltendienstes. Die Konvention macht Sinn und Bedeutung von Pluralität im öffentlich verantworteten Bildungssystem deutlich. So wird auch in Zukunft katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in einer plural strukturierten Gesellschaft dazu beitragen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung weiterzuentwickeln und die mit ihr verbundenen Werte zu stärken.

AKSB-Konvention von 1998 über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB

Einleitung

(1) In der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) haben wir uns als Bildungseinrichtungen und Verbände zusammengeschlossen, um politische und gesellschaftsbezogene Bildung in katholisch-sozialer Orientierung anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Politische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil unseres gesamten Bildungsangebotes für Jugendliche und Erwachsene, wenngleich die meisten unserer Mitgliedseinrichtungen und -verbände auch eine breite Palette von anderen Bildungsveranstaltungen anbieten. Im folgenden legen wir unsere gemeinsame Wertorientierung (Teil 1), unser Selbstverständnis von politischer Bildung (Teil 2), deren fachlicher Verortung (Teil 3) und deren institutioneller Ausgestaltung im Rahmen der AKSB (Teil 4) dar.

(2) Mit dieser Konvention wollen wir einen Beitrag zur fachlichen und politischen Diskussion über die Zukunft der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Staat, Kirche und Gesellschaft leisten. Gleichzeitig legen wir darin die fachlichen, personellen und strukturellen Standards unserer gemeinsamen Arbeit offen und tragen damit zur Weiterentwicklung und Sicherung der hohen Qualität außerschulischer politischer Bildung in freier Trägerschaft bei.

1

1 Welche Werte unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zugrunde liegen

Der Mensch als personales Wesen in seiner Individualität und seinem Bezug zur Gesellschaft

(3) Jede politische Bildung geht – ob bewußt oder unbewußt – von bestimmten anthropologischen und ethischen Vorentscheidungen aus, die ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen und ihre didaktische Konzeption prägen. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung hat ihre feste Begründung in dem durch den christlichen Glauben geprägten Verständnis des Menschen als Person. Der Mensch ist in seinem Subjekt-Sein immer schon auf Gesellschaft verwiesen. Individualität und Sozialität gehören beide in gleicher Weise zum Personsein des Menschen. Die unantastbare Würde des Menschen begründen wir als Christen aus der Glaubensüberzeugung, daß jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist, das nach dessen Bild erschaffen wurde. Dadurch wird der Mensch über seine unmittelbaren Lebenszusammenhänge hinausgehoben. Er ist angelegt als eine durch Vernunft, Gewissen und freien Willen geleitete Person, die sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und die Schöpfung bewußt sein und diese wahrnehmen soll. Der Mensch mit seinen Anlagen und Begabungen ist ein moralisches Subjekt, dessen Handeln sich in Freiheit vollzieht und das für sein Handeln Verantwortung trägt. Jeder Mensch soll sein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung führen können. Das schließt die verantwortliche Teilnahme am Politischen als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens ein.

(4) Die Entfaltung des Menschen als Person in diesem umfassenden Sinn wird durch gesellschaftliche Entwicklungen herausgefordert. Im Zuge der Individualisierung wird die/der Einzelne zunehmend aus ihren/seinen traditionellen Bindungen und persönlichen Versorgungsnetzen herausgelöst. Die Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter zueinander stellt zu-

dem traditionelle Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau in Frage. Diese Entwicklungen erweitern die Gestaltungsmöglichkeiten des Menschen für sein Leben. Mit der Vergrößerung der Entfaltungsmöglichkeit verbindet sich aber auch ein erhöhtes Risiko für die Lebensgestaltung des Menschen; sie erfordert gleichzeitig eine wachsende eigenständige Verantwortung. Die Identitätsbildung und die Entfaltung des Menschen als Person wird stärker zu einer Aufgabe individuellen Handelns jeder und jedes Einzelnen. Diese Entwicklung spiegelt sich in einem Wertewandel, in dessen Verlauf Selbstentfaltungswerte gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten in den Vordergrund treten. Die wachsende Differenzierung gesellschaftlicher Institutionen führt dazu, daß neben Familie und Staat eine Vielzahl autonomer gesellschaftlicher Teilsysteme zu Bezugsgrößen für Teilbereiche des Lebens werden, in denen der Mensch sich immer wieder neu verorten muß.

Katholisch-sozial orientierte politische Bildung will dem Menschen Anstöße geben, seine Identität in Freiheit als eine auf die Gesellschaft verwiesene Person zu entwickeln.

(5) Die personalen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in unserer Gesellschaft werden trotz wachsender Individualisierung stark von materiellen und immateriellen Rahmenbedingungen beeinflusst, die besonders von wirtschaftlichen, technischen und politischen Systemen geschaffen werden. Der Prozeß der Transformation Deutschlands von einer industriellen Produktions- und zunehmenden Dienstleistungsgesellschaft zu einer Informations- und Wissensgesellschaft wird weiter tiefgreifende Veränderungen für das Erwerbsleben vieler Menschen zur Folge haben. In Verbindung mit der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit führt er zu einem wachsenden Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt. Die Privatisierungs- und Deregulierungstendenzen fördern den Rückzug des Staates von Gemeinschaftsaufgaben. Individuelle und gemeinsame Verantwortung für das Wohl aller müssen neu in ein Gleichgewicht gebracht werden. Hierzu sind politische Entscheidungen nötig, bei deren Ausgestaltung alle

Menschen gefordert sind und beteiligt werden sollen. Politischer Bildung kommt hier die Aufgabe zu, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Strukturen und Zusammenhänge transparent zu machen. Sie soll eine sachgerechte und wertbezogene Urteilsfindung unterstützen und zur Mitgestaltung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen motivieren sowie die dafür nötigen Fähigkeiten vermitteln.

Gerechtigkeit als grundlegender Wert für die Ordnung der Gesellschaft

(6) Als Christen sind wir der Überzeugung, daß jede gesellschaftliche Ordnung, insbesondere die politische und die wirtschaftliche, der Selbstverwirklichung des Menschen im Sinne seiner freien Entfaltung als Person nach seinen je eigenen Möglichkeiten zu dienen hat¹. Da allen Menschen die grundsätzlich gleiche Personwürde zukommt, müssen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat so gestaltet werden, daß diese Gleichheit in der Personwürde durch eine gerechte Ordnung gewährleistet wird, welche sich in den Lebensbedingungen aller Menschen widerspiegelt. Dadurch, daß Gerechtigkeit die Freiheitsrechte aller Personen garantiert, kann eine Begrenzung der individuellen Freiheit der einzelnen Menschen erforderlich werden. Da sich Gerechtigkeit auf die Entfaltung des Menschen als Person bezieht, läßt sie sich nicht auf die gerechte Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern und Lasten reduzieren.

Gerechtigkeit ist nicht nur eine Forderung an Gesellschaft und Staat; als eine Tugend menschlichen Handelns bedingt sie zunächst die gegenseitige Respektierung von Personen und Personengruppen untereinander und die Erfüllung von gemeinsamen vertraglichen Abmachungen und Regelungen. Sie verlangt

¹ Vgl. die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „*Gaudium et spes*“, Ziff. 23-31, 63-66, 73-75, in: *Texte zur katholischen Soziallehre*, hrsg. v. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, KAB, 8. Aufl., Bd. 1, Bornheim/Kevelaer 1992, S. 291-395.

vom einzelnen Menschen Loyalität gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und staatlichen Gesetzen, soweit diese dem Gemeinwohl dienen und dem individuellen Gewissen nicht entgegenstehen. Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, in ihren Institutionen soziale Gerechtigkeit anzustreben, die allen Bürgerinnen und Bürgern möglichst weitgehend ökonomisch-soziale Entfaltung und Mitwirkung sichert. Die Gerechtigkeit verpflichtet besonders die staatliche Ordnung sowie die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, alle Bürgerinnen und Bürger in angemessener Weise am Gemeinwohl teilhaben zu lassen. Soziale Gerechtigkeit als Ziel erfordert ein stetes Bemühen um die Balance zwischen unterschiedlichen Gerechtigkeitsforderungen wie etwa der Chancen-, der Bedürfnis-, der Leistungs- und der Eigentumsgerechtigkeit, aber auch der Zukunftsgerechtigkeit im Hinblick auf die Lebensbedingungen künftiger Generationen.

(7) Als Christen sind wir aufgefordert, uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für die Verwirklichung dieser Gerechtigkeit einzusetzen. Dies ist eine Aufgabe der gesamten Kirche. In ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ haben sich die Kirchen ausdrücklich zu dieser Aufgabe bekannt: „Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und aus ihrer Sendung, Zeichen und Werkzeug der Einheit und des Friedens in der Welt zu sein, erwächst“². Mit unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir einen wichtigen Beitrag zu dieser Aufgabe. Wir bieten Menschen die Möglichkeit, sich zu befähigen, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, Institutionen und Strukturen unter dem Aspekt zu befragen, ob sie

² *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (Gemeinsame Texte 9), Hannover/Bonn 1997, Ziff. 101. Vgl. auch die Ziff. 113 und 255, in denen die besondere Funktion der Bildung in diesem Zusammenhang betont wird.*

zu einer gerechteren Welt beitragen. Und wir regen Menschen dazu an und unterstützen sie dabei, sich in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für gerechte Verhältnisse einzusetzen.

Prinzipien der christlichen Sozialethik

(8) In diesem Bemühen stützen wir uns auf die Grundsätze und Prinzipien der christlichen Sozialethik. In ihr entwickeln das kirchliche Lehramt, Theologinnen und Theologen sowie gesellschaftliche Gruppen in der Kirche vor dem Hintergrund verschiedener Kulturen und historischer Entwicklungen Kriterien, nach denen gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturen und Handlungen im Hinblick auf Gerechtigkeit beurteilt werden können³. Wie die ökumenischen Versammlungen in Basel und in Graz und wie das Gemeinsame Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ zeigen, wird dabei eine wachsende Gemeinsamkeit zwischen den evangelischen Kirchen und der katholischen Kirche deutlich. Die christliche Sozialethik stellt keine fest umrissene Lehre von der Ordnung der Gesellschaft dar. Sie liefert eine Reihe von Reflexionsprinzipien und Urteilkriterien, nach denen individuelles, gesellschaftliches und staatliches Handeln beurteilt werden können. Ihre Prinzipien stehen in einer engen gegenseitigen Wechselbeziehung. Sie dürfen nie einzeln und absolut, sondern immer nur im Zusammenspiel als Ganzes betrachtet werden. In der konkreten Situation unserer Gesellschaft ist immer wieder neu ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen Prinzipien anzustreben.

(9) Aus dem christlichen Verständnis des Menschen als Person ergeben sich das Personalitätsprinzip und das Gemeinwohlprinzip als leitende Perspektiven bei der Betrachtung von Gesell-

³ Zum Begriff der christlichen Sozialethik vgl. die beiden grundlegenden Einführungen: Franz Furger, *Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzungen*, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 13f., 114-118; Arno Anzenbacher, *Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien*, Paderborn/München/ Wien/Zürich 1998, S. 15-30, 155-166.

schaft, Wirtschaft und Staat. Das Personalitätsprinzip besagt, daß alles menschliche und gesellschaftliche Handeln immer die Würde des Menschen zu beachten und letztlich seiner Verwirklichung als Person zu dienen hat. Er steht im Mittelpunkt der Schöpfung. Die Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz, in der Europäischen Menschenrechtskonvention oder in UN-Pakten auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in positiven rechtlichen Normen festgelegt sind, wurden neben anderen Quellen auch aus diesem Prinzip inspiriert. Es wird heute insbesondere durch Egozentrik und rein subjektives Nützlichkeitsdenken in Frage gestellt.

(10) Das Gemeinwohlprinzip ergibt sich aus der gleichen Würde aller Menschen und aus dem Tatbestand, daß Menschen sich nur im Miteinander mit anderen Menschen als Personen angemessen entfalten können. Das Miteinander der Menschen bedarf einer Ordnung, die den Forderungen der Gerechtigkeit entspricht. Die gesellschaftliche Ordnung soll möglichst so beschaffen sein, daß alle Menschen sich als Person in ihrem Leben verwirklichen können. Das Gemeinwohl ist mehr als die Summe aller Einzelinteressen der Glieder einer Gesellschaft; es ist aber kein von diesen losgelöstes Allgemeininteresse. Das Gemeinwohl stellt den eigentlichen Sinn der staatlichen Ordnung dar. Der Staat hat zwar für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die Beachtung des Gemeinwohls zu garantieren, er ist aber in erster Linie für die Setzung von Rahmenbedingungen zuständig und greift nur dort selbst ein, wo gesellschaftliche Kräfte und die Kräfte der Einzelnen überfordert sind. Die Verwirklichung des Gemeinwohls ist zuvörderst eine Aufgabe der Gesellschaft selbst. Das Gemeinwohlprinzip widerspricht deshalb sowohl jenen, die dem Staat die Verantwortung für die Herstellung gerechter Lebensbedingungen absprechen, als auch jenen, die dem Staat allein die Verantwortung für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zusprechen.

(11) Aus dem Person- und dem Gemeinwohlprinzip ergeben sich für die Gestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat

die Prinzipien Solidarität und Subsidiarität. Solidarität beschreibt die menschliche Verbundenheit und die mitmenschliche Schicksalsgemeinschaft. Aus ihr erwächst die Aufgabe, das Verhältnis von Menschen untereinander und von der Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern zu ordnen. Solidarität umfaßt drei Dimensionen: 1) Jeder Mensch ist verpflichtet, in seiner Selbstentfaltung Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen seiner Mitmenschen und der nachfolgenden Generationen zu nehmen. 2) Jeder Mensch und jede gesellschaftliche Gruppe ist verpflichtet, die Gesellschaft bei der Verwirklichung des Gemeinwohls zu unterstützen. 3) Die Gesellschaft als Ganze ist verpflichtet, in ihrer Ordnung die Interessen und Bedürfnisse aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Armen und Schwachen, möglichst weitgehend zu berücksichtigen. Die Solidarität wird heute durch einen Wirtschaftsliberalismus bedroht, der nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auch jene gesellschaftliche Solidarität aufzukündigen versucht, wie sie durch das System der sozialen Marktwirtschaft verkörpert wird. Vielmehr ist die soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Sie bedarf einer Ergänzung durch eine erneuerte Sozialkultur in der Gesellschaft. Zahlreiche Initiativen und Gruppen zeigen, wie viel die/der Einzelne zur Stärkung der Solidarität beitragen kann.

(12) Das Subsidiaritätsprinzip bezieht sich auf die Aufgabenverteilung zwischen der/dem Einzelnen und der Gesellschaft: Jede gesellschaftliche Tätigkeit ist ihrem Wesen nach subsidiär, d.h. als Hilfe auf die Entfaltung des personalen Menschseins im Miteinander ausgerichtet. Der Respekt vor der Würde des Menschen als Person gebietet, daß dasjenige, was die Einzelnen aus eigener Initiative und mit ihren eigenen Kräften leisten können, ihnen nicht entzogen und der Gesellschaft zugewiesen wird. Für die Ordnung der verschiedenen Sozialgebilde innerhalb der Gesellschaft gilt, daß die übergeordneten Gebilde den untergeordneten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben jeweils unterstützend zu Hilfe kommen sollen, daß sie aber den untergeordneten Gebilden keine Aufgaben entziehen sollen, die diese aus eigener

Kraft lösen können⁴. Im Hinblick auf die europäische Integration aber auch bei der Reform unseres Sozialstaates stellt Subsidiarität ein zentrales Prinzip dar. Die fortschreitende europäische Integration erfordert die permanente Überprüfung der Verteilung von zentralen, nationalstaatlichen und regionalen Kompetenzen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Die Reform des Sozialstaates darf die Verantwortung der/des Einzelnen und vorhandene Strukturen der Solidarität nicht schwächen.

(13) Die genannten Handlungs- und Beurteilungsprinzipien der christlichen Sozialethik bestimmen nicht nur den Blickwinkel, unter dem wir Gesellschaft, Wirtschaft und Staat betrachten; sie prägen auch unser Verständnis von politischer Bildung (Kap. 2), deren Einordnung in das gesamte Bildungssystem (Kap. 3) und deren Gestaltung in unseren Einrichtungen und Verbänden (Kap. 4).

⁴ Vgl. Oswald von Nell-Breuning, *Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre*, 2. Aufl., München 1985, S. 56.

2

2 Was wir unter katholisch-sozial orientierter politischer Bildung verstehen

Aufgabe der politischen Bildung und ihr Gegenstand

(14) Der Prozeß der Personwerdung des Menschen wird durch Erziehung und Bildung gefördert. Bildung soll dem Menschen grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die er zu einem menschenwürdigen Leben in der Gesellschaft benötigt. Eine Zeit raschen gesellschaftlichen und technischen Wandels, in der sich die Menschen ständig sich wandelnden Verhältnissen anpassen müssen, erfordert einen Prozeß des lebenslangen Lernens. Aufgrund unseres Verständnisses vom Menschen als Person gehört dazu auch seine Verantwortung für das Politische. Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Teil der Allgemeinbildung, indem sie die verantwortliche Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Politischen fördert. Sie ist in einer modernen Gesellschaft umso wichtiger, als in ihr gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Institutionen und Organisationen immer stärkeren Einfluß auf die materielle Lebenssicherung des einzelnen Menschen haben. Das Politische dringt dadurch in Sphären des menschlichen Lebens ein, deren Gestaltung bisher zum privaten Bereich jedes Menschen gehörte.

Kenntnis und Verständnis gesellschaftlicher und ökonomischer Zusammenhänge sowie die Fähigkeit zu deren Mitgestaltung nach freier, auf Vernunft und Gewissen beruhender Entscheidung werden damit zu immer wichtigeren Elementen eines Lebens in Freiheit und Selbstbestimmung. Mit unserem Angebot katholisch-sozial orientierter politischer Bildung möchten wir Menschen dabei unterstützen, sich zu freier Selbstbestimmung und zu verantwortlicher Mitgestaltung von zukunftsfähigen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sowie zu Solidarität mit anderen Menschen zu befähigen. Dabei müssen spezifische soziale Bezüge berücksichtigt werden, die sich

durch Wahrnehmung bestimmter Rollen und Funktionen sowie durch Zugehörigkeit zu Gruppierungen ergeben.

(15) In der politischen Bildung steht die Verantwortung des Menschen für das Politische im Mittelpunkt. Über die Politik kann der Mensch Einfluß nehmen auf die Gestaltung seiner Umwelt und seiner Lebensbedingungen. Unter Politik verstehen wir jene spezifischen Formen gesellschaftlichen Handelns, in denen Menschen die gemeinsamen Bedingungen ihres Zusammenlebens gestalten und auf je unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft gemeinsame Ordnungen entwickeln, mit deren Hilfe sie jeweils ihre für die Gesamtheit bedeutsamen Probleme lösen und Konflikte regeln können. Politik ist kluges Bemühen um das Gemeinwohl. Dabei spielen Werte, Bedürfnisse und Interessen von Einzelnen und von Gruppen eine zentrale Rolle.

Obwohl sich Politik auch auf zwischenmenschliche Beziehungen auswirken kann, ist die Behandlung zwischenmenschlicher Probleme in Familie, am Arbeitsplatz, in Freundeskreisen oder anderen informellen Gruppen nicht Gegenstand politischer Bildung. Politik umfaßt aber nicht nur das Handeln von staatlichen und supranationalen Organen; sie erstreckt sich auf jedes Handeln von Einzelnen und Gruppen, das sich auf gesellschaftlich bedeutsame Probleme und deren verbindliche Regelung bezieht. Im Rahmen unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates hat sie sich dabei am Grundprinzip des Gemeinwohls zu orientieren. Politische Institutionen ebenso wie die Formen der politischen Auseinandersetzung sind dabei nicht wertfrei, sondern unterliegen ihrerseits ethischen Ansprüchen: Die Institutionen müssen so geordnet sein, daß sie die friedliche Konfliktregelung und den gerechten oder wenigstens zumutbaren Interessenausgleich ebenso wie Machtkontrolle und Rechtssicherheit gewährleisten. In der politischen Auseinandersetzung sind gegenseitiger Respekt, Loyalität gegenüber der gemeinsamen Ordnung und Kompromißfähigkeit unabdingbar.

Fachliche Eingrenzung von politischer Bildung

(16) Unsere katholisch-sozial orientierte politische Bildung verortet sich strukturell in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Die politische Jugendbildung, die wir in unseren Verbänden und Einrichtungen anbieten, versteht sich als Bestandteil der Jugendhilfe auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Unsere politische Bildung bietet Jugendlichen und Erwachsenen über die Grenzen ihrer unterschiedlichen formalen Bildung hinweg die Möglichkeit, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, die zur Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Vorgänge und zur Ausübung ihres Engagements als Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, zu entwickeln und in einer sich ständig verändernden Welt den aktuellen Erfordernissen und ihren eigenen Bedürfnissen anzupassen. Fachlich steht sie neben beruflicher, kultureller, naturwissenschaftlich-technischer, sportlicher, sozialer oder religiöser Bildung. Auch in diesen Bildungsbereichen können politische Fragen angesprochen werden, denn Politik erstreckt sich auf sämtliche Lebensbereiche der Gesellschaft. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung unterscheidet sich jedoch dadurch von anderen Bildungsbereichen, daß sie sich zentral mit politischen Fragestellungen beschäftigt. Diese Unterscheidung soll auch in den Ausschreibungen zu unseren Bildungsangeboten deutlich werden. Wir legen Wert auf eine präzise Information der Eingeladenen über die Ziele, Inhalte und Methoden unserer Bildungsveranstaltungen.

(17) Politische Bildung trägt zur Identitätsbildung ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei. Sie unterscheidet sich aber von Angeboten der individuellen Beratung, Betreuung und Begleitung. Die in diesen Arbeitsfeldern entwickelten sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Ansätze und Methoden können auch in der politischen Jugendbildung nützlich sein, indem sie Lernprozesse vorbereiten, begleiten und gestalten helfen. Mit jedem unserer Bildungsangebote wollen wir in den Kern des

Politischen vorstoßen. Wir wählen je nach Zielgruppe und Interessenlage biographische und lebensweltspezifische Zugänge und berücksichtigen Bedürfnisse nach Erwerb und Steigerung kommunikativer, beruflicher, technischer, naturwissenschaftlicher, philosophischer, theologischer oder musisch-kreativer Fähigkeiten und Kenntnisse.

Lernziele der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(18) Katholisch-sozial orientierte politische Bildung will zum selbständigen Mitgestalten von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und internationalen Beziehungen befähigen. Sie will dazu beitragen, daß sich Bürgerinnen und Bürger mit Sachkenntnis und auf der Grundlage von selbständigen, begründeten Entscheidungen in Verantwortung gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und zukünftigen Generationen an Politik beteiligen. Sie will Menschen anregen, das Politische als Bestandteil ihrer persönlichen Identität zu verstehen. Sie will ihnen grundlegende Werte unserer demokratischen Gesellschaft vermitteln und ihnen ermöglichen, sich Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, um politische Handlungsebenen zu erkennen und sich politisch zu engagieren. Auf didaktischer Ebene geht es in der politischen Bildung um die Förderung sowohl von kognitiven, kommunikativen als auch von ethischen Kompetenzen. Den Lernzielen liegen als Prinzipien zugrunde: Lebensweltorientierung, Teilnehmerinnen- und Teilnehmerorientierung und ein partizipativer Ansatz. Im einzelnen sollen die Teilnehmenden im gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit den pädagogisch Verantwortlichen in der politischen Bildung

- > Kenntnisse über Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, europäische und weltweite Politik in Theorie und Praxis erwerben einschließlich der politisch und gesellschaftlich bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Technik und Wissenschaft;

- > Fähigkeiten entwickeln und einüben, Handlungskompetenzen erwerben und Handlungsfelder entdecken, die zur wirkungsvollen Teilnahme an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltungsprozessen und zur Fortentwicklung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, der europäischen Einigung und der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen notwendig sind;
- > ihre Fähigkeiten entwickeln und einüben, sich im Diskurs mit anderen Teilnehmenden und Fachleuten über gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Fragen auseinanderzusetzen, eigene Positionen zu finden und ihre Meinung zu äußern, zuzuhören und andere Meinungen zu tolerieren, Konflikte auszutragen und Lösungen zu suchen;
- > die Wert- und Sinnfragen aufdecken und reflektieren, die hinter gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen und internationalen Organisationen und Institutionen, hinter Macht- und Interessenspositionen und hinter gesellschaftlichen Theorien stehen, und zu einer eigenständigen Urteilsbildung im Diskurs gelangen;
- > sich zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen;
- > sich zur Mitwirkung in Gesellschaft, Staat und internationalen Beziehungen motivieren.

Gesellschaftliche und politische Ziele der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(19) Mit unserem Bildungsangebot möchten wir einen Beitrag zur Fortentwicklung staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnungen auf der Basis der christlichen Sozialethik und insbesondere der Option für die Armen leisten. Mit unserem

Angebot der Bildung und des Diskurses geht es uns um die Verwirklichung folgender Ziele⁵:

- > Die Förderung des Gemeinwohls durch die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in den staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen: Bestehende Diskriminierungen sollen abgebaut werden, und allen Gliedern der Gesellschaft sollen gleiche Chancen eröffnet und gleichwertige Lebensbedingungen ermöglicht werden, ohne die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen zu vernachlässigen. Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik soll gefördert werden. Über die zwischenmenschlichen Beziehungen hinaus soll jedes Glied der Gesellschaft seinen Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls leisten. Soziale Gerechtigkeit umfaßt die gerechte Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern sowie die Beteiligung aller am Prozeß des Erwirtschaftens.
- > Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie: Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Regelung aller sie betreffenden Angelegenheiten verantwortlich beteiligen. Das bedingt offene Strukturen in politischen Parteien und Institutionen. Da den Medien bei der Vermittlung politischer Fragen eine zentrale Rolle zukommt, haben kritische Urteilsfähigkeit und Medienkompetenz für die verantwortliche Mitgestaltung des Gemeinwesens besondere Bedeutung.
- > Die Verwirklichung von Solidarität und Subsidiarität in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat: Privates Eigentum unterliegt

5 Vgl. dazu v.a. die Kapitel 3 und 4 des Gemeinsamen Wortes „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ und die Umschreibung der zwölf Hauptanliegen der Katholischen Soziallehre bei Walter Kerber/ Heimo Ertl/ Michael Heinz (Hrsg.), *Katholische Gesellschaftslehre im Überblick. 100 Jahre Sozialverkündigung der Kirche*, Frankfurt a.M. 1991, S. 36-38. Die Ziffern in Klammern verweisen auf Zitate aus dem Gemeinsamen Wort.

der Sozialpflichtigkeit (Art. 14 GG), und in der Wirtschaft ist der Vorrang der Person mit ihrer Menschenwürde vor allen anderen Werten zu beachten. Der einzelne Mensch und die kleineren Gemeinschaften sollen in ihrer eigenständigen und eigenverantwortlichen Entfaltung möglichst wenig behindert werden. Die außerordentlichen Leistungen, die Familien mit Kindern für die Gesellschaft erbringen, sind in geeigneter Weise anzuerkennen. Eigenverantwortung und Eigeninitiative von Familien und Einzelnen sind zu stärken.

- > Die Förderung einer neuen Sozialkultur: Die vielfältigen Formen sozialer und zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Verbände, in denen sich Menschen mit Phantasie und Engagement für das Gemeinwohl einsetzen, bedürfen einer verstärkten gesellschaftlichen Anerkennung und Förderung. Sie müssen in ihren Aktivitäten durch die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen, durch Weiterbildungsangebote und durch die Bereitstellung von Infrastrukturen unterstützt werden. Soziale Netzwerke und Selbsthilfegruppen sind verstärkt in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
- > Die Förderung einer nachhaltigen, d.h. dauerhaft umweltverträglichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung: Christliche Sozialethik geht aus von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension. Sie verbindet den Grundgedanken der Bewahrung der Schöpfung mit dem einer Weltgestaltung, welche die Einbindung aller gesellschaftlichen Prozesse in das – allem menschlichen Tun vorgegebene – umgreifende Netzwerk der Natur Rechnung trägt.
- > Die zukunftsfähige Entwicklung der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft: Durch politische Rahmensetzungen soll langfristig sichergestellt werden, daß der freie Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökonomisch und ökologisch sinnvollen Nutzung von Ressourcen und zur

Wahrung der Interessen der Konsumenten führt. Die Säulen des Sozialstaates, die „das solidarische Eintreten für sozial gerechte Teilhabe aller an den Lebensmöglichkeiten verkörpern“ (133), müssen gefestigt und ihre Finanzierung gerecht verteilt und langfristig gesichert werden. Es soll nur ein solches Wirtschaftswachstum erstrebt werden, das „die berechtigten Interessen der kommenden Generationen und der Menschen auf anderen Kontinenten“ (148) beachtet. Das bedingt eine ökologische Ergänzung der sozialen Marktwirtschaft.

- > Die Verwirklichung weltweiter Solidarität: Die fortschreitende Integration der Europäischen Union und die zunehmende Globalisierung dienen nur dann der weltweiten Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden, wenn sie nach dem Maßstab weltweiter Solidarität erfolgen. Dies erfordert die Berücksichtigung der Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten der armen Länder, die Beseitigung der Massenarmut, die Bewältigung der Migrationsproblematik, die Verbesserung des internationalen Umweltschutzes, die Annäherung sozialpolitischer Standards, die verantwortliche Gestaltung der internationalen Finanzmärkte und die Stärkung internationaler Institutionen zur friedlichen Konfliktregelung.
- > Die Entfaltung einer Lebenskultur, die Einbindung naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen in gesellschaftliche und politische Prozesse: Leben in seiner umfassenden Dimension ist auf grundlegende Weise in Frage gestellt. Signifikant wird dies mit Blick auf die Ökologiesituation und den Erkenntnis- und Anwendungsfortschritt in Medizin und Biotechnologie. Die in diesem Zusammenhang sich neu eröffnenden Handlungs- und Entscheidungsspielräume bedingen nicht nur einen zunehmenden Regelungsbedarf, sie bedürfen zudem der nachhaltigen, zukunftsfähigen und konsensorientierten Verständigung über die Grundlagen menschlichen Lebens und Zusammenlebens im Einklang mit allem außermenschlichen Leben.

(20) Wenn wir uns zu diesen Zielen unserer Bildung bekennen, so halten wir gleichzeitig fest, daß wir sie ausschließlich im Rahmen eines offenen Dialogs und eines gemeinsamen Lernprozesses mit den Teilnehmenden und beteiligten Fachleuten an unseren Bildungsveranstaltungen verfolgen. Wir wenden uns gegen Indoktrination und politische Agitation in der politischen Bildung. Auf diese Trennung ist besonders bei handlungsorientierten Methoden hinzuweisen. Im offenen Dialog mit allen interessierten Menschen möchten wir für die Überzeugungskraft unserer Prinzipien werben.

3 Wie wir uns im System der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung verorten

3

(21) In unserer plural strukturierten Gesellschaft kommen in Verbänden, Bewegungen, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften eine Vielzahl unterschiedlicher Wertorientierungen zum Tragen. Auch wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Grundgesetzes und die darin festgeschriebenen Menschenrechte Gemeingut dieser Gruppierungen sind, zeigen sich in der Begründung dieser Werte teilweise grundlegende Unterschiede. Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppierungen, einen Grundkonsens über Werte und demokratische Spielregeln anzustreben und kritisch zu tradieren. Die kritische Tradierung des gesellschaftlichen Grundkonsenses und die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft liegen im Interesse aller. Politische Bildung leistet zu beidem wichtige Beiträge.

(22) Zu den gesellschaftlichen Gruppierungen in Deutschland zählen die christlichen Kirchen. Sie sind auf vielfältige Weise am Leben von Gesellschaft und Staat beteiligt. Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche gehört es, an der Gestaltung dieser Welt mitzuwirken⁶. Dabei anerkennt sie die Eigengesetzlichkeit aller Kultur- und Lebensbereiche. Politische Bildung ist ein genuin kirchlicher Auftrag, zu dem sich die Bischöfe in ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ ausdrücklich bekennen⁷. Als Bildungseinrichtungen und Verbände nehmen wir diesen Auftrag sachgerecht wahr.

(23) Katholisch-sozial orientierte politische Bildung ist wertorientierte politische Bildung. In unserer Orientierung an den Werten

⁶ Vgl. *Gaudium et spes*, Ziff. 31-32, 40-45. In ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (Ziff. 101, 248-256) haben sich die Kirchen ausdrücklich zu dieser Aufgabe bekannt.

⁷ Vgl. *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, Ziff. 113, 208, 248, 255.

der christlichen Sozialethik, legen wir großen Wert auf die Beachtung der Forderung des Beutelsbacher Konsenses, wonach Kontroverses in der Politik auch in der politischen Bildung kontrovers darzustellen ist. Im Rahmen unserer Bildungsveranstaltungen werden unterschiedliche politische Positionen und ihre Wertbezüge vorgestellt, erörtert und in den Diskurs einbezogen. Die Grundlagen, auf denen unsere Beurteilung von Problemen oder Strukturen beruhen, legen wir in unseren Veranstaltungen offen.

Die plurale Trägerstruktur in der außerschulischen politischen Bildung

(24) Mit unserem Angebot der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir als freie Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung neben anderen Trägern einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung in Deutschland. Da politische Bildung stets wertgebunden ist, müssen in einer pluralen Gesellschaft alle Gruppierungen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet sind, Gelegenheit erhalten, zu dieser Aufgabe beizutragen. Die plurale Trägerstruktur spiegelt die Pluralität wider, die unsere Gesellschaft und die politische Kultur unseres Landes kennzeichnen. Über die grundlegende Bedeutung von Autonomie und Pluralität von Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung herrscht in der Bundesrepublik ein breiter Konsens.

(25) „Aufgabe des Staates ist es, dieses plurale und demokratische Meinungsspektrum in seiner vollen Breite zu fördern“⁸. Seine Verantwortung für die politische Bildung besteht in erster Linie darin, den freien Trägern die Durchführung von Angeboten der politischen Bildung zu ermöglichen „und die notwendigen Einrichtungen und Maßnahmen anzuregen und zu fördern. Die Politische Bildung der verschiedenen Gruppen kann durch staatliche Veranstaltungen

⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Doris Odendahl, Wolf-Michael Catenhusen, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (= Bundestagsdrucksache 13/10810), Bonn 1998, S. 4.

nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden. Die notwendige Ausgewogenheit staatlichen Handelns in der politischen Bildung wird durch die gleichberechtigte Förderung der unterschiedlichen Träger mit je eigenem Profil garantiert. Die gebotene politische Ausgewogenheit wird dabei nicht durch jeden Träger für sich, sondern insgesamt durch die Breite des Trägerspektrums hergestellt⁹.

(26) Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) hat sich der Staat dazu verpflichtet, „die Selbständigkeit der freien Jugendhilfe in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten“ (§ 4 KJHG). Er betrachtet die Vielfalt der Wertorientierungen als konstitutiv für die Jugendhilfe und damit auch für die politische Jugendbildung (§ 3 KJHG). Wir setzen uns dafür ein, daß diese Anerkennung der Position der freien Träger auch überall für die politische Erwachsenenbildung gilt. Wir bemühen uns um die fachliche Ausgestaltung dieser Struktur und erwarten, daß auch andere Träger der politischen Bildung einen entsprechenden Beitrag leisten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Förderung politischer Bildung dürfen die Autonomie der Träger in der inhaltlichen und didaktischen Gestaltung der Bildung nicht beeinträchtigen. Dies gilt besonders in Zeiten zunehmender Outputorientierung der öffentlichen Förderung. Diese muß die institutionelle Grundsicherung des Angebotes von katholisch-sozial orientierter politischer Bildung gewährleisten und die kontinuierliche Weiterentwicklung des Bildungsangebotes durch die Sicherung einer angemessenen personellen Ausstattung und durch die Förderung pädagogischer Innovationen ermöglichen.

(27) Die Kirche trägt durch die Sicherung einer angemessenen Infrastruktur, durch die materielle und personelle Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Verbänden wesentlich zur Erhaltung und Förderung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung bei. Sie erfüllt damit einen genuinen Teil ihres Auftrags in der Welt.

⁹ *Außerschulische Politische Bildung ist ein konstitutives Element demokratischer politischer Kultur. Erklärung des Arbeitsausschusses für Politische Bildung vom 12. November 1997, in: Praxis Politische Bildung 2 (1998), S. 152.*

4

4 Wie wir katholisch-sozial orientierte politische Bildung bundesweit organisieren

Die Arbeitsstrukturen der AKSB und des Vereins zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke

(28) Als Verbände und Bildungseinrichtungen haben wir uns in der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) zusammengeschlossen, um gemeinsam politische Bildung in katholisch-sozialer Orientierung anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Die AKSB ist eine Fachorganisation der politischen Bildung. Sie ist damit ein integraler Bestandteil der katholischen Jugend- und Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Durch sie wirken wir an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der politischen Bildung mit. Dazu gehört die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Fachorganisationen und mit Behörden sowie die Vertretung unserer Interessen ihnen gegenüber.

Die Geschäftsstelle der AKSB setzt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung um und nimmt Funktionen einer Dienstleistungsstelle für gemeinsame Vorhaben wie z.B. Entwicklung von gemeinsamen Konzeptionen, didaktische Beratung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit wahr.

Wichtige Formen unserer Kooperation sind fest eingerichtete Arbeitsgruppen und zeitlich befristete Projektgruppen sowie Schwerpunkte der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung. Dazu kommen regelmäßige Arbeitstagungen und Fortbildungsveranstaltungen.

(29) Rechtsträger der AKSB ist der Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Er wird vom Vorstand der AKSB gebildet. Seine Geschäftsstelle ist mit derjenigen der AKSB eng verknüpft. Er fungiert als Zentralstelle für die Förderung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung durch den Bund und internationale Einrichtungen

für die Mitglieder der AKSB, die sich ihr zugeordnet haben. Die Zentralstelle berät die beteiligten Mitglieder bei der Anwendung der Förderbedingungen, erleichtert ihnen deren Handhabung, gleicht Schwankungen im Zuwendungsbedarf der Mitglieder nach Möglichkeit aus, pflegt die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Zuwendungsgebern und baut sie aus, tritt für Verwaltungsvereinfachungen ein, bearbeitet Anträge und Verwendungsnachweise und entwickelt Vorschläge für die Vergabe der Mittel und für interne Regelungen an die Beschlußgremien der AKSB und des Rechtsträgers und führt deren Beschlüsse aus.

(30) Die Wertorientierung an der christlichen Sozialethik wirkt sich in mehrfacher Hinsicht auf die Gestaltung unserer Arbeit aus: im personalen Angebot, das wir als Verbände und Bildungseinrichtungen pflegen, im Stil, der unsere Veranstaltungen prägt, und in der Didaktik unserer Bildungsveranstaltungen. Auch in der Organisation unserer Zusammenarbeit zeigt sich die Ausrichtung an der christlichen Sozialethik in einer lebendigen und konstruktiven (politischen) Streitkultur, einer Kultur des Miteinanders und der Transparenz, des Dialogs mit Anderen sowie der Balance zwischen Tradition und Innovation. Mit der auf einer spezifischen Wertorientierung ruhenden Gestaltung unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir als Arbeitsgemeinschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Didaktik und Methodik der außerschulischen politischen Bildung.

Das personale Angebot in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(31) Wesentlich für den pädagogischen Ansatz katholisch-sozial orientierter politischer Bildung ist das „personale Angebot“¹⁰. Es bedeutet für die Fachlichkeit politischer Bildung die Verbindung von Lerninhalten und Lebenspraxis, indem über die Vermittlung von

10 Vgl. Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit, in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg/Basel/Wien 1976, S. 298-302.

Kenntnissen und Fähigkeiten hinaus durch die Person der Bildnerin oder des Bildners Werthaltungen authentisch vertreten und begründet werden. In gleicher Weise werden die Teilnehmenden als Personen angenommen, in ihren Wertorientierungen herausgefordert und in ihren Lebensvollzügen respektiert. Die Reflexion der Lebenserfahrung, die gemeinsame Lernerfahrung, der partnerschaftliche Umgang in der Lerngruppe und die Offenheit für unterschiedliche Positionen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Für die politische Bildung heißt das,

- > daß die pädagogischen Mitarbeiter/-innen die auf dem christlichen Menschenbild und der christlichen Sozialethik beruhenden Werte, für die sie in ihren Veranstaltungen eintreten, glaubwürdig in ihrem Handeln gegenüber den Teilnehmenden zum Ausdruck bringen;
- > daß die pädagogischen Mitarbeiter/-innen innerhalb ihrer Einrichtungen und Verbände und in der AKSB insgesamt die Möglichkeit erhalten, ihre Wertorientierung in Fachdiskurse einzubringen und gemeinsam zu reflektieren;
- > daß die pädagogischen Mitarbeiter/-innen den Bildungsprozeß fachlich und personal prägen;
- > daß die Teilnehmenden eigene Lebenserfahrungen und Probleme im Rahmen der vorgegebenen thematischen Grenzen in die Bildungsveranstaltungen einbringen können;
- > daß in kontinuierlichen Lerngruppen den Teilnehmenden Raum für die Entwicklung einer sich selbst reflektierenden Gruppe gegeben wird;
- > daß den Teilnehmenden auch Angebote gemacht werden können, die ihnen die spirituelle Vertiefung ihres Engagements ermöglichen.

(32) Bei der Auswahl der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei Fortbildungsmaßnahmen und bei der Einbeziehung der pädagogischen Mitarbeiter/-innen in die Strukturen unserer Verbände und Einrichtungen und unserer Arbeitsgemeinschaft werden folgende Standards zugrunde gelegt:

- > Auswahl der pädagogischen Mitarbeiter/-innen: Die Mitgliedseinrichtungen und -verbände und die AKSB-Geschäftsstelle achten bei der Auswahl ihrer haupt-, ehren- und nebenamtlichen Mitarbeiter/-innen in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung darauf, daß diese neben einer fundierten fachlichen und pädagogischen Vorbildung für ihre Tätigkeit über Grundkenntnisse im Bereich der christlichen Sozialethik verfügen. Wo dies nicht der Fall ist, stellen die Mitgliedseinrichtungen und Verbände sicher, daß diese Kenntnisse im Rahmen der Einarbeitung erworben werden.
- > Einbeziehung in die Arbeitsstrukturen: Die einzelnen Einrichtungen und Verbände sind als Institutionen dafür verantwortlich, daß politische Bildung einen organischen Bestandteil ihres Gesamtangebotes darstellt. Sie tragen durch geeignete Maßnahmen dazu bei, daß die Referentinnen und Referenten für politische Bildung in den Gesamtrahmen der Aktivitäten der Einrichtung oder des Verbandes eingebunden sind, daß sie mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, daß sie Anregungen zur spirituellen Vertiefung ihres Engagements erhalten, und daß sie durch Austausch und Hilfe untereinander Rückhalt und Unterstützung für ihre Arbeit finden. Dabei spielt die Reflexion über die gemeinsame Wertorientierung eine wichtige Rolle. Die Arbeitsgemeinschaft trägt ihrerseits durch die Bereitstellung und Förderung einer entsprechenden Infrastruktur dazu bei, daß die politischen Bildner/-innen ihrer Mitgliedseinrichtungen und Verbände sich durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Entwicklung von Arbeitsansätzen gegenseitig unterstützen und in ihrer Arbeit bestärken können.

- > Fortbildung: Als Einrichtungen und Verbände verpflichten wir uns, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig fachliche und pädagogische Weiterbildung zu ermöglichen und ihnen Gelegenheit zu geben, am fachlichen und pädagogischen Austausch im Rahmen der AKSB teilzunehmen. Bei den Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsgemeinschaft werden Anregungen und Bedürfnisse von Mitgliedseinrichtungen und Verbänden und von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berücksichtigt.

Durch Fortbildungsangebote im Rahmen der AKSB, die die Maßnahmen der einzelnen Einrichtungen ergänzen, und durch gemeinsame Arbeitstagen und Fachkonferenzen stellt die Arbeitsgemeinschaft sicher, daß ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Austausch untereinander und durch die Auseinandersetzung mit Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie mit Expertinnen und Experten

- > ihre Kenntnisse über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, die für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung von besonderem Interesse sind, erweitern und vertiefen können;
- > die Umsetzung dieser Themen in der politischen Bildung vor dem Hintergrund der fachdidaktischen und methodischen Entwicklungen reflektieren und weiterentwickeln können;
- > ihr fachliches Wissen immer wieder neu vor dem Hintergrund sozialetischer Prinzipien reflektieren und dabei die Weiterentwicklung in der christlichen Sozialethik verarbeiten können;
- > Gelegenheit erhalten, im Dialog mit den Wissenschaften ihre fachlichen Kenntnisse einzubringen und zur Weiterentwicklung der christlichen Sozialethik beizutragen.

Im Rahmen von Arbeitsverträgen, Arbeitsplatzbeschreibungen und in den Beschreibungen unserer gemeinsamen Schwerpunkte und Projekte legen wir fachliche, didaktische und personelle Standards fest, die diesen Anforderungen entsprechen und Innovationen fördern.

(33) Zahlreiche unserer Einrichtungen und Verbände bieten ihre Bildungsveranstaltungen in eigens dafür geschaffenen Bildungshäusern an. Diese Bildungshäuser tragen wesentlich zur Verwirklichung des personalen Angebotes bei. Sie schaffen für den Bildungsprozeß eine besondere Umgebung, die es den Teilnehmenden ermöglicht, sich entlastet vom gewohnten Alltag in den Bildungsprozeß einzubringen und – falls sie es wünschen – ihr gesellschaftliches Engagement durch die Pflege einer christlichen Spiritualität zu vertiefen. Die Internatsunterbringung trägt zudem dazu bei, daß sich zwischen den Teilnehmenden untereinander und zwischen ihnen und den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Beziehungen entwickeln können, die über die Interaktions- und Kommunikationsprozesse in den strukturierten Lernsequenzen hinausgehen. Da die außerschulische Bildung nicht auf einen standardisierten Qualifizierungsnachweis für die Teilnehmenden ausgerichtet ist, bietet sie mehr als andere Bildungsbereiche Möglichkeiten für teilnehmerorientierte Methoden.

Thematische Schwerpunkte der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung

(34) Aus der je eigenen Tradition und Aufgabenstellung heraus und aufgrund regionaler Gegebenheiten verfolgen wir als Bildungseinrichtungen und Verbände in unserer politischen Bildung bestimmte thematische Schwerpunkte und sprechen bestimmte Zielgruppen an. Zentrale Themen aus der Sicht der christlichen Sozialethik (vgl. Ziffer 19) gehen wir in unserer Arbeitsgemeinschaft mit bundesweiter und internationaler Perspektive gemeinsam an durch die Kooperation in Schwerpunkten und Projekten sowie durch den Austausch in Arbeitsgruppen und Fachkonferenzen. Die im Rahmen von Schwerpunkten und Projekten behandelten Themen werden vor dem Hintergrund gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen gemeinsam reflektiert, so daß die Bildungsangebote den laufenden Entwicklungen angepaßt und neue Fragestellungen frühzeitig aufgegriffen werden können.

Zusammenarbeit in der AKSB und Qualitätssicherung

(35) Die Zusammenarbeit in der AKSB wird von den Grundsätzen Solidarität und Subsidiarität bestimmt. Das gemeinsame Ziel aller Mitgliedseinrichtungen ist es, katholisch-sozial orientierte politische Bildung zu fördern und weiterzuentwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützen sich die Mitgliedseinrichtungen durch gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch und durch die Einordnung in gemeinsam festgesetzte Arbeitsstrukturen. Die Mitgliedseinrichtungen nehmen die Aufgaben im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft möglichst in eigener Verantwortung wahr. Sie unterstützen aber auch die von der Arbeitsgemeinschaft eingesetzten Gremien bei der Erfüllung der ihnen übertragenen Arbeiten nach Kräften.

(36) In der Zusammenarbeit im Rahmen von Schwerpunkten und Projekten werden Konzepte und Arbeitsansätze gemeinsam erarbeitet und in Beschreibungen festgehalten. Längerfristige gemeinsame Arbeitsvorhaben werden unter den Mitgliedseinrichtungen unter Hinweis auf die Beteiligungsmöglichkeiten und auf die fachlichen Anforderungen ausgeschrieben.

(37) Um den beschriebenen fachlichen, personellen und strukturellen Standards zu genügen, ergibt sich für jede unserer Mitgliedsinstitutionen und für die Arbeitsgemeinschaft als Ganzes die Notwendigkeit der Qualitätssicherung. Das bedingt einerseits, daß wir die inhaltlichen Ziele und formalen Rahmenbedingungen unserer Arbeit in allgemein nachvollziehbarer Form beschreiben, und andererseits, daß der Prozeß der Festlegung von Zielen reflektiert und die Realisierung der beschriebenen Ziele und die Effizienz der festgelegten Rahmenbedingungen laufend überprüft werden. Dies gilt sowohl für die einzelnen Mitgliedsinstitutionen als auch für die Arbeitsgemeinschaft als Ganzes und insbesondere für die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft durchgeführten Veranstaltungen der politischen Bildung.

(38) Grundlagen und gemeinsame Konzepte der Arbeitsgemeinschaft werden im Rahmen der bestehenden Gremien regelmäßig im Hinblick auf Sachgerechtigkeit, Durchführbarkeit, Zweckmäßigkeit und Einhaltung überprüft und weiterentwickelt. Dadurch können die Mitgliedseinrichtungen ihre eigene Position im Verhältnis zu den anderen feststellen und gegenüber den anderen Mitgliedseinrichtungen auch deutlich machen. Durch organisatorische Maßnahmen werden die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Reflexion der eigenen Arbeit angeregt. In den gemeinsamen Schwerpunkten und Projekten wird die Wirkung der Veranstaltungen der politischen Bildung unter bestimmten, von den beteiligten Mitgliedseinrichtungen gemeinsam festgelegten Gesichtspunkten überprüft. Wichtige Arbeitsansätze im Rahmen von Schwerpunkten und Projekten und die Ergebnisse von deren Auswertung werden dokumentiert, um den Transfer der gewonnenen Erkenntnisse zu den Mitgliedseinrichtungen und zur Fachöffentlichkeit zu ermöglichen.

Schluß

(39) Mit unseren Bemühungen für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung nehmen wir eine Verantwortung wahr, die zur Wesensaufgabe der Kirche in dieser Gesellschaft gehört. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen vollziehen sich nicht schicksalhaft, sondern sind verantwortungsvoll zu gestalten. Mit unserem wertorientierten Beitrag zur politischen Bildung in Deutschland wollen wir erreichen, daß die christlich geprägten Grundlagen, die Achtung der Menschenwürde jedes und jeder einzelnen als Person und die damit verbundene Forderung nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft weitergegeben und vertieft werden. In dieser Form werden wir auch in Zukunft als freie Träger in einer pluralistischen Gesellschaft dazu beitragen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung weiterzuentwickeln und die mit ihr verbundenen Werte zu stärken.

*Von der Mitgliederversammlung der AKSB
am 26. November 1998 in Trier einstimmig beschlossen.*

Aktualisierende Ergänzungen 2009

Aktualisierende Ergänzungen 2009 zur „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“





Hinführung zu: Aktualisierende Ergänzungen 2009 zur „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“

Zum zehnten Mal jährte sich 2008 der Beschluss der AKSB-Mitgliederversammlung, mit dem die „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ einstimmig angenommen wurde. Diese Konvention löste das „Konzept zur politischen Bildung der Jugend in der AKSB“ von 1980 und die „Aktualisierenden Ergänzungen von 1988 zum ‚Konzept zur politischen Bildung der Jugend in der AKSB‘“ ab. In der Konvention der in der AKSB zusammengeschlossenen katholischen Akademien, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände von 1998 legen diese ihre „gemeinsame Wertorientierung (Teil 1), [ihr] Selbstverständnis von politischer Bildung (Teil 2), deren fachlicher Verortung (Teil 3) und deren institutioneller Ausgestaltung im Rahmen der AKSB (Teil 4)“¹ dar.

Ein wesentlicher Anspruch katholisch-sozialer Bildungsarbeit bestand von jeher darin, die sozialetischen und didaktischen Grundlagen der Arbeit „orientiert an wissenschaftlichen Erkenntnissen, immer neu zu hinterfragen, zu deuten und weiterzuentwickeln“². Daher nahm die AKSB das zehnjährige Bestehen der Konvention zum Anlass, in einen Prozess der Selbstvergewisserung und der Überprüfung ihrer Grundlagen anhand aktueller wissenschaftlicher Diskurse und gesellschaftlicher Entwicklungen sowie anhand der Erfahrungen aus der Bildungspraxis einzutreten.

Mit einem Neudruck der Konvention als Heftchen wurde der Text für die anstehenden Debatten besser zugänglich gemacht. In den Konferenzen der AKSB-Fachgruppen „Das Politische“, „Das Soziale“ und „Das Gesellschaftliche“ wurden Abschnitte

¹ Siehe oben S. 16.

² Konzept „Politische Bildung in katholischer Trägerschaft“ von 1974. In: AKSB (Hrsg.): Grundsatzpapiere der AKSB zur politischen Bildung. Bonn 1999, S. 18.

der Konvention daraufhin befragt, inwieweit der Text zehn Jahre nach seiner Entstehung noch die Praxis katholisch-sozial orientierter politischer Bildung widerspiegelt. Diese Diskussionen zeigten, dass der Konventionstext sowohl hinsichtlich der von ihm benannten Inhalte als auch seiner sprachlichen Diktion in einzelnen Aspekten der Ergänzung und Aktualisierung bedarf. Auch die Fachtagungen des Jahres 2008 „Beim Thema ‚Solidarität‘ kommt niemand in unseren Kurs“ und „Quo vadis Menschenrechte?“ standen im Zeichen der Konventionsdebatte und dienten als Foren der fachlichen Auseinandersetzung.

Ein besonderer Stellenwert innerhalb des Reflexionsprozesses kam der AKSB-Jahrestagung „Am Puls der Zeit“ im November 2008 zu. Gemeinsam mit renommierten Wissenschaftlern aus der Sozialethik und der politischen Fachdidaktik, den Bezugswissenschaften katholisch-sozial orientierter politischer Bildung, wurde darüber diskutiert, welche wissenschaftliche Anschlussfähigkeit und welche Relevanz für die Bildungspraxis die Konvention besitzt.

Mit Blick auf die geführte Debatte stellte der AKSB-Vorstand in seiner Sitzung am 24./25. Januar 2008 fest, dass eine „Neufassung“ der Konvention nicht notwendig ist und die Konvention nach wie vor die Grundlage katholisch-sozial orientierter politischer Bildung in der AKSB darstellt. Eine von der Mitgliederversammlung 2008 eingerichtete Arbeitsgruppe wurde aber gebeten, zu drei zentralen Anfragen an die Konvention – auf dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Debatten – ergänzende Beiträge zur Konvention zu erstellen und Perspektiven für die weitere Arbeit zu skizzieren. Nach einer Konsultation der Fachgruppen wurde der Text auf Antrag des AKSB-Vorstands von der AKSB-Mitgliederversammlung des Jahres 2009 zustimmend zur Kenntnis genommen. Er stellt eine aktualisierende Ergänzung zur Konvention dar und lädt zur weiteren Reflexion des Selbstverständnisses katholisch-sozial orientierter politischer Bildung in der AKSB ein. Die Veröffentlichung erfolgt zusammen mit dem Text der weiterhin gültigen Konvention, um den Bezug besser nachvollziehbar zu machen.

Aktualisierende Ergänzungen 2009 zur „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“

Einleitung

Zur Weiterentwicklung und Präzisierung des Selbstverständnisses der AKSB wurden grundlegende Aspekte der Konvention in einem Diskurs mit den Bezugswissenschaften katholisch-sozial orientierter politischer Bildung sowie innerhalb der verschiedenen AKSB-Gremien überprüft. Der folgende Text stellt eine aktualisierende Ergänzung zur „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB)“ dar. Als Ergänzung des Konventionstextes ist er gleichzeitig Arbeitspapier zur Arbeit am Selbstverständnis katholisch-sozial orientierter politischer Bildung und bildet die Grundlage für den weiteren Diskurs in der Arbeitsgemeinschaft. In drei zentralen Bereichen sind als Folge dieser Debatte Präzisierungen der Konvention vorgenommen worden.

Diese Bereiche sind:

- > **Demokratiethoretische Grundlegung:** Braucht die katholisch-sozial orientierte politische Bildung eine demokratiethoretische Grundlegung? Wie kann die Forderung nach Partizipation nicht nur ethisch, sondern auch demokratiethoretisch begründet werden? Wie muss aufgrund des Demokratieverständnisses das Leitbild „des Bürgers/der Bürgerin“ für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung beschrieben werden? Muss sich non-formale politische Bildung stärker als engagementbegleitende Beratung verstehen (lebensweltliche Orientierung)?
- > **Sozialethische Grundlegung:** Wie muss der Gemeinwohlbegriff formuliert werden, damit er noch als brauchbar er-

scheint? Wie kann es gelingen, Solidarität nicht nur als individuelles Moralprinzip, sondern als Sozialprinzip moderner Gesellschaften zu vermitteln? Genügt heute noch das klassische Subsidiaritätsverständnis der Konvention oder muss das Subsidiaritätsprinzip nicht angesichts hochkomplexer, ausdifferenzierter Gesellschaften weiterentwickelt werden? Wie kann ein entwickelter Person-Begriff, der „selbstbestimmte Selbstdeutungen“ der Menschen umfasst, im normativen Konzept der Konvention berücksichtigt werden?

- > Dynamische und aktuelle gesellschaftliche Veränderungen: Welche dieser Veränderungen wurden oder werden in der Konvention zu wenig berücksichtigt? Zum Beispiel, welche Folgen hat die Globalisierung für die Demokratie? Kann die Menschenrechtsbildung als Fundament für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung dienen in Zeiten, in denen gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr nur nationalstaatlich legitimiert werden können? Wie können und müssen Konzepte der Nachhaltigkeit und Diversität in der politischen Bildung in der AKSB aufgegriffen werden?

1

1 Demokratietheorie und Bürgerbilder in der politischen Bildung

(1) Politische Bildung ist ein normatives, auf demokratische Politik ausgerichtete Projekt. Auch katholisch-sozial orientierte politische Bildung muss sich deshalb demokratietheoretisch verorten, was angesichts der Fülle an entsprechenden Angeboten nicht einfach ist. Denn, wer glaubt, dass die demokratietheoretische Debatte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem vermeintlichen Sieg des liberalen westlichen Demokratie-modells zum Stillstand gekommen, also quasi dem seinerzeit beschworenen „Ende der Geschichte“³ anheimgefallen ist, sieht sich getäuscht. Vor allem durch Europäisierung und Globalisierung stellt sich die Frage nach einer demokratischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der „Zweiten Moderne“⁴ durchaus in existentieller Form – mindestens aber mit ambivalenten Varianten – neu und vehement⁵.

(2) Katholisch-sozial orientierte politische Bildung muss diese und andere Entwicklungen in den demokratietheoretischen Debatten in ihre aktuellen Reflexionen und die Weiterentwicklung ihrer Arbeit einbeziehen und sich dazu positionieren. In Anbetracht der Fülle der in den Jahren seit dem Fall des Eisernen Vorhangs allein in deutscher Sprache erschienenen Beiträge zur Demokratietheorie kann sich diese Reflexion im Kern auf Demokratie Modelle konzentrieren, die für den Gegenstand der politischen Bildung besondere Relevanz besitzen und deshalb in jüngster Zeit auch Niederschlag in der politikdidaktischen Diskussion gefunden haben.

3 F. Fukujama: *Das Ende der Geschichte*. München 1992.

4 U. Beck, E. Grande: *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt/M. 2004.

5 Jüngstes Beispiel dafür, wie tiefgreifend die dynamischen Veränderungen und zukünftigen Entwicklungen unserer Zeit diesbezüglich sein könnten, ist die ausgesprochen ernsthafte Debatte über „Postdemokratie“ (Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008), die sich auch in entsprechenden Anfragen der politischen Philosophie (etwa: Otfried Höffe: *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* Bonn 2009) widerspiegelt.

Demokratiethoretische Verortung

(3) Bei den für politische Bildung wichtigen Demokratietheorien handelt es sich vor allem um republikanische und sogenannte input-orientierte Theorien, die davon ausgehen, dass der Erfolg und die Effizienz politischer Systeme sowie deren Legitimation von der politisch-sozialen Integration und einer hohen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger abhängen. Das ist nicht selbstverständlich; denn die anerkannten liberalen Demokratietheorien neigen dazu, im Hinblick auf Demokratiezufriedenheit und Systemvertrauen der Bürger/innen dem Output, also den sichtbaren und spürbaren (wirtschaftlichen) Erfolgen politischer Systeme, eine höhere Bedeutung beizumessen als dem Input – also der teilnehmenden Mitgestaltung und Mitentscheidung.

(4) In der politische Bildung und der Demokratiepädagogik sind in den vergangenen Jahren vor allem zwei partizipatorische Demokratietheorien diskutiert und präferiert worden: die „deliberative Demokratie“⁶ und die „starke Demokratie“⁷. Beide Theorien können als partizipatorische Demokratietheorien bezeichnet werden, weil sie der Teilnahme möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess und an öffentlichen Debatten eine entscheidende und Demokratie erst konstituierende Rolle zuschreiben. Die dafür notwendigen politischen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger werden hier wechselseitig als Voraussetzung aber auch als Folgeerscheinung von politischer Partizipation verstanden⁸.

6 Jürgen Habermas; für die politische Bildung Bettina Lösch: *Deliberation und politische Bildung*. In: *Außerschulische Bildung*. Heft 4-2008, S. 378-383.

7 B. Barber: *Starke Demokratie*. Hamburg 1994; für die politische Bildung bzw. die Demokratiepädagogik G. Himmelmann: *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. Schwalbach/Ts. 2001; A. Sliwka: *Bürgerbildung*. Weinheim/Basel 2009.

8 H. Batt: *Der partizipative Staatsbürger*. Wiesbaden 2007, S. 117-133.

Für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung hat der Begriff der Partizipation eine zentrale Bedeutung, weil die Befähigung zur politischen Partizipation das herausragende Ziel der politischen Bildung ist. Die vorgängigen Ziele der Vermittlung von politischem Wissen und der Schärfung der politischen Urteilsfähigkeit führen in gewisser Weise hin zu diesem Ziel der politischen Partizipation.

(5) Die politische Philosophie weicht gerne von der idealtypischen sozialwissenschaftlichen Theoriebildung ab, arbeitet mit zahlreichen Mischtypen und bedient sich dabei aus unterschiedlichen Demokratietheorien⁹. Für die politische Bildung scheint es deshalb plausibel und sinnvoll, dass sich in der aktuellen politikdidaktischen Diskussion ebenfalls kaum Vertreter einer reinen Lehre finden. In der politikdidaktischen Theoriebildung mischen sich somit in der Regel eklektizistische Elemente aus unterschiedlichen partizipatorischen Demokratietheorien¹⁰.

Politische Bildung in der Zivilgesellschaft

(6) Eine für die politische Bildung in diesem Kontext ausgesprochen wichtige Frage ist die nach dem Kern des Politischen, also nach der Politik im engeren Sinne.¹¹ Diese Frage ist vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und bildungspolitischer Entwicklungen wieder stärker in den Blick zu nehmen: Zum einen hat in der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1989 die Zivil- und Bürgergesellschaft in der politischen Diskussion an Bedeutung zugenommen, auch wenn der Höhepunkt der demokratischen Überhöhung der Zivilgesellschaft inzwischen überschritten zu sein scheint. Zum anderen hat die sogenannte Demokratiepädagogik einen unerwarteten Aufschwung genommen und genießt

⁹ Vgl. etwa O. Höffe: *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* Bonn 2009.

¹⁰ Grundlegend dazu P. Massing: *Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung*. Bonn 1999.

¹¹ Ch. Mouffe: *Über das Politische*. Frankfurt/M. 2007.

in der Bildungspolitik partiell größere Aufmerksamkeit als die politische Bildung.¹²

(7) Die in beiden Entwicklungen zu beobachtenden Hinwendungen zum vor-politischen Raum und zum sozialen Lernen sind deshalb kritisch zu beobachten, weil sie auch als Zugeständnisse an eine wachsende Politikverdrossenheit und eine entsprechende Entpolitisierung interpretiert werden können. Ohne damit den wichtigen Stellenwert von zivilgesellschaftlichem Engagement und demokratischem Habitus – auch als zentrale Ziele einer demokratischen politischen Bildung – in Abrede stellen zu wollen, sollte politische Bildung solche Entwicklungen kritisch beobachten und ihr eigenes Profil in Abgrenzung dazu schärfen oder sich als profilierte und weiterführende Ergänzung zu diesen Feldern darstellen. Theoretiker der „Postdemokratie“ warnen etwa davor, „die nichtpolitischen Tugenden der Zivilgesellschaft zu feiern“¹³. Für die Praxis bieten sich dabei stufentheoretische Modelle an, die sich nicht nur an Altersstufen¹⁴, sondern auch an einer abgestuften Komplexität im Hinblick auf politische Inhalte orientieren. Lerntheoretisch ist die Reduktion von Komplexität nicht neu, aber auf den Gegenstand der Politik orientiert ganz sicher neu zu überdenken.

Der aktive Bürger als Ziel non-formaler politischer Bildung

(8) Vor dem Hintergrund dieser demokratietheoretischen Überlegungen ist auch die in den Jahrestagungen und Fachgruppensitzungen der AKSB in den vergangenen Jahren mehrfach diskutierte Frage nach einem angemessenen Bürgerbild der non-formalen politischen Bildung zu sehen. Die dort aufgetretenen Politikdidaktiker haben übereinstimmend vor „demokratischen Märchener-

¹² Das zeigen die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur Demokratieerziehung von 2009 (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: *Stärkung der Demokratieerziehung*).

¹³ C. Crouch: *Postdemokratie*. Frankfurt/M. 2008.

¹⁴ So etwa bei G. Himmelmann: *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. Schwalbach/Ts. 2001.

zählungen“¹⁵ gewarnt bzw. empfohlen, bei der Entwicklung von Bürgerbildern nicht die „Realität der Demokratie zu verfehlen“¹⁶.

(9) Für die schulische politische Bildung, der sich die wissenschaftliche Politikdidaktik verschrieben hat, wird heute in der Regel von vier Bürgertypen gesprochen: dem politisch Desinteressierten, dem informierten und urteilsfähigen Zuschauer, dem interventionsfähigen Bürger und dem Aktivbürger. Dabei gilt der urteilsfähige Zuschauer als Minimalziel, der interventionsfähige Bürger als das „zukunftsfähige Leitbild“¹⁷, während der Aktivbürger für die schulische politische Bildung eher als „utopisches Ziel“¹⁸ beschrieben wird.

(10) Die non-formale politische Bildung darf sich mit gutem Recht gegen die Projektion eines entsprechend pessimistischen Bürgerbilds auf ihr Arbeitsfeld wehren. Die subjekt- und teilnehmerorientierte Praxis, eines der wesentlichen Kennzeichen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, hat schon immer dazu geführt, dass sie näher an den Interessen der Teilnehmenden arbeiten konnte und gearbeitet hat. Deshalb sollte es auch weiterhin das selbstverständliche Ziel non-formaler politischer Bildung bleiben, die Teilnehmenden nicht nur kognitiv, sondern auch affektiv zu mobilisieren. Ihre Ziele sind demokratischer Habitus wie politisches Bewusstsein gleichermaßen, vor allem aber auch politische Partizipation und aktive politische Teilnahme im engeren Sinne. Für die non-formale politische Bildung ist der aktive mündige Bürger also ein reales Ziel und permanente Herausforderung gleichermaßen.

15 J. Detjen: *Politische Bildung*. München/Wien 2007, S. 222; ders.: *Bürger, Zuschauer, Engagierte*. Schwalbach/Ts. 2009, S. 48.

16 P. Massing: *Gesellschaftliche Relevanz der „Konvention“ aus Sicht der Politikdidaktik*. Bonn 2008, S. 65.

17 P. Ackermann: *Der interventionsfähige Bürger als zukunftsfähiges Leitbild*. In: *Der Bürger im Staat* 49 (1999).

18 P. Massing: *A. a. O.*: S. 65.

Weltbürgertum und Europäische Bürgerschaft

(11) Neben diesen Bürgerbegriffen, die sich mehr am Grad der Mobilisierung und dem Ausmaß der Beteiligung orientieren, ist in der AKSB in den vergangenen Jahren der Begriff des „Weltbürgers“ als mögliches ergänzendes qualitatives Leitbild einer zeitgemäßen politischen Bildung diskutiert worden.¹⁹ Damit wurde u. a. an ein grundlegendes Papier der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft zur „Global Governance“²⁰ angeknüpft, in dem der Weltbürger als sozialetische Kategorie und Herausforderung auf gleiche Stufe mit zentralen Begriffen der Sozialetik wie Solidarität, Subsidiarität u. ä. gehoben worden ist. Mit einer weiteren Ausarbeitung dieses Modells des Weltbürgers ließe sich für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung ggf. auch ein inhaltlicher zeitgemäßer Kanon ihrer Gegenstände beschreiben, wie er in der Politikdidaktik zurzeit vor allem unter den Begriffen „Kernkompetenzen“, „Standards“ und „Basiskonzepte“ diskutiert wird. Als strategischer Zwischenschritt sollte auch ein entsprechendes politikdidaktisches Konzept für „aktive europäische Bürgerschaft“ entwickelt werden. „Active Citizenship“ hat sich spätestens seit dem „Memorandum über Lebenslanges Lernen“²¹ der EU zu einem der zentralen Paradigmen der europäischen Bildungspolitik entwickelt und gilt mindestens verbal als gleichwertiges Bildungsziel neben „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit)²².

19 Vgl. jetzt auch B. Widmaier, G. Steffens (Hrsg.): *Weltbürgertum und Kosmopolitisation: Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung*. Schwalbach/Ts. 2010.

20 COMECE: *Global Governance*. Brüssel 2001.

21 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Memorandum über Lebenslanges Lernen*. Brüssel 2000.

22 Vgl. H. Becker: *Eine Zwillingsaufgabe von Europarat und EU: Von Human Rights Education zu Education for Democratic Citizenship*. Schwalbach/Ts. 2008.

Fazit

(12) Um die katholisch-sozial orientierte politische Bildung vor dem Hintergrund der dargestellten Herausforderungen weiterzuentwickeln, wird sich die AKSB in den kommenden Jahren mit folgenden Themen und Fragen beschäftigen:

- > Wie kann das Ziel einer aktiven mündigen Bürgerschaft in eine zeitgemäße Praxis der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung überführt werden? Dabei gilt es zu klären, was unter politischer Partizipation zu verstehen ist und inwieweit auch andere Formen sozialer und gesellschaftlicher Beteiligung einen angemessenen und entsprechend vermittelten Platz in der politischen Bildung haben.
- > Wie kann das Politische im engeren Sinne in der politischen Bildung zum Tragen kommen und damit aktuell beschriebenen Tendenzen der Entpolitisierung und der Postdemokratie entgegen gewirkt werden?
- > Die Begriffe der europäischen Bürgerschaft und des Weltbürgers eignen sich erst dann als Zielkategorie für politische Bildung, wenn sie inhaltlich weiter gefüllt werden. In Zeiten der Europäisierung und Globalisierung nimmt katholisch-sozial orientierte politische Bildung diese Herausforderung entsprechend offensiv an.

2 Gemeinwohl durch Solidarität. Zu den sozialethischen Grundlagen katholisch-sozial orientierter politischer Bildung

2

Allgemein

(13) „Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen.“ Gleich im ersten Satz der Einführung von Thomas Meyer in das „Verständnis der Logik des Politischen“²³ wird die zentrale, die Politik legitimierende als auch das Ziel von Politik beschreibende, Rolle des „Gemeinwohls“ deutlich. Die Politik insgesamt hat dem Gemeinwohl zu dienen. Politische Akteure haben sich gegenüber dem Gemeinwohl zu verantworten. Dieser Bestimmung der zentralen Rolle und Funktion des Gemeinwohls steht im überraschenden Kontrast die Beobachtung gegenüber, dass die Politikwissenschaft den Begriff des Gemeinwohls nur „ungern“²⁴ verwendet. Und wo er verwendet wird, werden mit ihm selten „sonderlich klare Vorstellungen“ (Alexander Mahr) verbunden. Offensichtlich kann einerseits auf den Begriff nicht verzichtet werden und bleibt andererseits unklar und schwer bestimmbar, was denn jeweils konkret mit „Gemeinwohl“ gemeint ist.

(14) Im neuzeitlichen Verständnis ist der klassische Rückgriff auf einen objektiven, vorgegebenen Inhalt des Gemeinwohls (*bonum commune*) nicht mehr möglich. Dieses lässt sich erst *aposteriori* als Ergebnis des politischen Prozesses bestimmen²⁵ – den es gleichwohl orientieren und legitimieren soll. Insofern kann das Gemeinwohl wiederum kein beliebiges Ergebnis sein, sondern muss einen, wenn auch minimalen, normativen Gehalt haben. Dies gerade auch, weil das Gemeinwohl, im objektiven Sinne gemeint oder als Ergebnis eines offenen Wettbewerbs der unterschiedlichen Interes-

²³ Th. Meyer: *Was ist Politik?* Opladen 2000, S. 15.

²⁴ B. Sutor: *Kleine Politische Ethik*. Opladen 1997, S. 58.

²⁵ K. Rohe: *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten*. Stuttgart 1994.

sen verstanden, immer in der Gefahr war und steht, als Leerformel ideologisch missbraucht zu werden: ob totalitär gegen das Wohl einzelner Personen oder Gruppen gewandt oder als Verschleierung von Mehrheits- oder Herrschaftsinteressen im Meinungswettbewerb. Diese Gefahr ist neben der Begründungsproblematik wohl ein weiterer Grund zur zurückhaltenden Verwendungsweise des Begriffes – im deutschen Kontext durch den Missbrauch des Begriffes in der nationalsozialistischen Ideologie mehr als verständlich.

(15) Der Satz ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist für Bernhard Sutor²⁶ schlicht „falsch“, da sich das Gemeinwohl nicht gegen das Einzelwohl richten kann, ohne seine Bestimmung als Gemeinwohl zu verlieren. In einer globalisierten Welt ist das Gemeinwohl auch nicht mehr auf das „nationale Interesse“ (in möglicher, widersprüchlicher Konkurrenz zu anderen nationalen Interessen) zu begrenzen. Gemeinwohl kann heute moralisch sinnvoll nur noch als „Weltgemeinwohl“ verstanden werden. Wenn aber das Gemeinwohl das „einheitstiftende Band“ und der „einzige verpflichtende Grund“ (Oswald von Nell-Breuning²⁷) für Gesellschaften ist, dann ist mit der Verpflichtung auf das Weltgemeinwohl eine enorme Herausforderung und Aufgabe für die Politik und die politische Bildung beschrieben.

(16) Das Gemeinwohl ist also inhaltlich heute kaum näher bestimmbar und stellt sich, wie moderne Konzeptionen annehmen, erst im politischen Prozess pluraler Interessen ein. Damit muss zwangsläufig ein zukunftsfähiges Konzept von Gemeinwohl „den Kriterien der (politisch-moralischen) Individualisierung, der (demokratisch-diskursiven) Prozeduralisierung und der (weltanschaulich-kulturellen) Pluralisierung gerecht werden“²⁸. Moralische Autonomie des Individuums, Geltung und Wahrung der Menschenrechte, demokratische Strukturen und politische Teilhabe und eine freie politische Öffentlichkeit der Meinungs-

26 B. Sutor: A. a. O.

27 O. v. Nell-Breuning: *Gerechtigkeit und Freiheit*. München ²1985, S. 43.

und Willensbildung sind somit die Minimalkriterien des politischen Prozesses, der im Ergebnis zum Gemeinwohl führen soll.

Katholische Soziallehre

(17) Nach Oswald von Nell-Breuning ist Gemeinwohl der Zentralbegriff der katholischen Soziallehre. Das II. Vatikanische Konzil beschreibt in „Gaudium et Spes“ das Gemeinwohl „als die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen“²⁹. Papst Johannes XXIII. hatte zuvor schon in „Mater et Magistra“ das Gemeinwohlverständnis um die globale Dimension erweitert und es in „Pacem et terris“ im Blick auf den Menschen als Person näher beschrieben. Dieses Verständnis von Gemeinwohl greifen spätere kirchliche Dokumente, insbesondere der Hirtenbrief der Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten von Amerika „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“, auf und vertiefen es in Übereinstimmung mit modernen politikwissenschaftlichen Reflexionen im Blick auf die Menschenrechte, die gesellschaftliche Teilhabe, die Option für die Armen und die internationale Gerechtigkeit. Das Gemeinwohl wird in der neueren kirchlichen Sozialverkündigung als ein „Dienstwert“ am Wohl der Personen, als die „gute“ politische Ordnung, deren Institutionen die Entfaltung und Vollendung jeder menschlichen Person ermöglicht, bestimmt. „Das Gemeinwohl ist kein Selbstzweck; sein Wert besteht in seiner Bedeutung für die Verwirklichung der letzten Ziele der Person und des universalen Gemeinwohls der gesamten Schöpfung“, schreibt das „Kompendium der Soziallehre der Kirche“³⁰ und verbindet das Gemeinwohl unmittelbar mit der allgemeinen Bestimmung der Güter für alle³¹.

28 H.-J. Große Kracht: *Katholische Sozialprinzipien in der Krise?* Bonn 2008, S. 30.

29 *Gaudium et Spes* 26.

30 *Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden (Hrsg.): Kompendium der Soziallehre der Kirche.* Freiburg 2006, Nr. 170.

31 *Ebd.* Nr. 171.

(18) Die Tugend, sich für dieses Gemeinwohl – für das Wohl aller und eines jeden, weil wir für alle verantwortlich sind – fest und beständig einzusetzen, ist die Solidarität, so die Enzyklika „Sollicitudo rei sociales“ von Papst Johannes Paul II. In der Tradition und Weiterentwicklung des Solidarismus wird diese Verantwortung der Menschen füreinander in der sozialen Tatsache der „Gemeinverstrickung“ der Menschen und der daraus folgenden ethischen „Gemeinhaftung“ begründet – Solidarität als Faktum der „Gemeinverstrickung“ geht also einem moralischen Verständnis der Solidarität voraus. Angesichts dieser faktischen Verwiesenheit auf die anderen Menschen und die Gesellschaft, also von einem allgemeinen, weiten Solidaritätsbegriff her, ist Solidarität als „Verpflichtung eines jeden Menschen auf das universale Gemeinwohl“ zu begreifen.³² Unterhalb dieses auf die gesamte Menschheit bezogenen Gemeinwohlverständnisses lässt sich die Verpflichtung zum Gemeinwohl auch auf partikuläre soziale Gesellschaften und Gemeinschaften (Staat, Verband, Verein, Familie etc.), denen der einzelne Mensch angehört, und der spezifischen Ziele dieser jeweiligen sozialen Einheiten beziehen.

(19) Diese, im Solidaritätsbegriff konkretisierte, Verpflichtung auf das Gemeinwohl bedarf der Ergänzung um das Subsidiaritätsprinzip, um den Sinn der Gemeinwohlorientierung, die Förderung der Entwicklung der Menschen und der einzelnen gesellschaftlichen Glieder, strukturell zu sichern. Dabei wäre die subsidiäre Verpflichtung der größeren sozialen Einheit auf Achtung und Unterstützung der kleineren Einheiten (vertikales Zuständigkeitsprinzip) um eine horizontale, funktionale Perspektive weiterzuentwickeln. Immer komplexere, hoch ausdifferenzierte Gesellschaften unter Globalisierungsdruck bedürfen der vermittelnden Instanzen bürgerschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements. „Je größer, komplexer, differenzierter, folgelastiger die gesellschaftlichen Gebilde werden, umso wichtiger sind vermittelnde Instanzen, die den Einzelnen die Chance einräumen, an der Willensbildung ‚unmittelbarer‘ beteiligt zu sein!“³³ Ein so weiterentwickeltes Subsidiaritätsprin-

³² B. Emunds: *Solidarität – kein überflüssiger Begriff*. Frankfurt/M. 2008, S. 2.

³³ G. Wilhelms: *Subsidiarität*. Bonn 2008, S. 44.

zip könnte die im modern verstandenen Gemeinwohl notwendige Partizipation am politischen Prozess legitimieren und sichern.

Politische Bildung in der AKSB

(20) Im Blick auf die politische Bildung im Allgemeinen und der AKSB in ihrem Verständnis katholisch-sozial orientierter politischer Bildung im Besonderen ergeben sich aus der Bestimmung des Gemeinwohls als Ziel und Legitimation politischen Bemühens folgende Konsequenzen:

- > **(21)** Unter den Bedingungen moderner Freiheitsprozesse ist grundsätzlich die politisch-philosophische Reflexion des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, von Autonomie und Solidarität zu thematisieren. Dabei wäre zu zeigen, dass das geflügelte Wort von „Gemeinwohl vor Einzelwohl“ einer falschen Entgegensetzung unterliegt, da sich das Gemeinwohl nur in Beziehung auf das Einzelwohl, und zwar des anderen als desjenigen, dessen Wohl (noch) nicht realisiert ist, verstehen lässt. Weder geht die einzelne Person in der Gesellschaft auf, noch ist der Bezug auf die Gesellschaft für den Einzelnen beliebig. In dieser doppelten Perspektive bleibt die Gemeinwohlorientierung „ein kritisches Korrektiv gegenüber den realen gesellschaftlichen Verhältnissen“³⁴.
- > **(22)** Die Verfolgung des „Gemeinwohls“ erfordert eine Fokussierung auf die Menschenrechtsbildung, die Förderung von Partizipation und Demokratie sowie als „Weltgemeinwohl“ die Entwicklung und Verfolgung von Konzepten globalen Lernens. Diese Aspekte sind wichtige Dimensionen, die in der Auseinandersetzung mit einzelnen politischen Sachthemen berücksichtigt werden müssen. Ihre Beachtung sichert, dass Lösungskonzepte zu politischen Herausforderungen letztlich gemeinwohldienlich sind. Gleichzeitig sind mit ihnen zentrale Themen politischer Bildung genannt.

³⁴ K. Gabriel/H.-J. Große Kracht: *Art. Gemeinwohl*. Freiburg/Rheinbach 2004, S. 348.

- > **(23)** Die politische Bildung der AKSB als katholisch-sozial orientierte wird sich von ihrem Menschenbild des Menschen als „Person“ her für ein Verständnis von Solidarität „als Gemeinverstrickung der Menschen“ einsetzen und das Engagement für eine solidarische Gesellschaft insbesondere im Blick auf die Armen fördern. Die anthropologische Grundannahme über die menschliche Person verpflichtet sie in Konsequenz in ihrer Praxis ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern für „selbstbestimmte Selbstdeutungen“³⁵ Raum zu geben und von diesen Selbstdeutungen her Verantwortung und Verpflichtung für das Gemeinwohl durch Solidarität zu konkretisieren. Im Bildungsprozess muss die jeweils eigene Identität(sfindung) in Beziehung zur politischen Beteiligung gesetzt werden.
- > **(24)** Die AKSB-Konvention verpflichtet die Mitgliedseinrichtungen grundsätzlich auf das christliche Menschenbild, das Gemeinwohl und die Sozialprinzipien Solidarität und Subsidiarität. Als Grundlage der gemeinsamen Arbeit sind diese Grundlagen angesichts der dynamischen politischen Entwicklung selbst immer wieder zu vergewissern, zu präzisieren und zu aktualisieren. Gerade der historische Missbrauch des Gemeinwohlbegriffes, aber auch divergierende Interpretationen der Sozialprinzipien erfordern eine solche permanente Selbstvergewisserung.
- > **(25)** Im Blick auf das Solidaritätsprinzip ist seine grundlegende Bedeutung als Faktum der „Gemeinverstrickung“ und „Schicksalsgemeinschaft“ bewusst zu halten, auch um der weitverbreiteten individualethischen und moralischen Engführung entgegen zu wirken.
- > **(26)** Ähnliches gilt auch für die Verwendung des Personbegriffs, der für die Bestimmung des Gemeinwohls leitend ist: Die politischen Konsequenzen des Personbegriffs, besser des Bezugs auf die Menschenwürde, sind in den aktuellen

35 A. Filipović: *Das Personalitätsprinzip*. Bonn 2008, S. 22.

Debatten oft nicht erkennbar oder näher ausgeführt. Dieser Bezug muss konsequent in einer menschenrechtlichen Argumentation fortgeführt werden. Weiter muss beachtet werden, inwieweit in der Praxis der AKSB die Erfahrungen der Menschen als selbstbestimmte Selbstdeutungen ernst genommen und reflektiert werden können. Ohne solche Selbstdeutungen blieben die Ausführungen zur menschlichen Personalität in der Konvention, insbesondere die Aufzählung menschlicher Attribute formelhaft und unbestimmt. Die ethische Relevanz selbstbestimmter Selbstdeutungen im politischen Prozess ins Spiel zu bringen, würde erst dem christlichen Personbegriff wie der Forderung nach Beteiligung gerecht.

Fazit

(27) Im Prozess der politischen Moderne ist die Sicherung und Entfaltung der menschlichen Freiheit, der Würde des Menschen und seiner Rechte Ziel und Legitimation der politischen Bemühungen. Dem korrespondiert auf Seiten der christlichen Sozialethik das grundlegende Verständnis der menschlichen Person als Ausgangspunkt und Ziel der Sozialethik: Im Mittelpunkt der Mensch. Mit dem politischen Fortschritt und der Individualisierung scheint das Bewusstsein von den politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen der Realisierung menschlicher Freiheit zu schwinden. Hinter der sich durchsetzenden Akzentuierung auf das jeweilige Einzelwohl und auf den „Eigennutz“ geht der Sinn für das Gemeinsame verloren. In der Folge verliert die Differenz zwischen Individualethik und Sozialethik/Politik an Plausibilität. Eine stärkere Betonung des Gemeinwohls, unter Berücksichtigung der oben gemachten Differenzierungen, als spezifisches Ziel der Politik und eine entsprechende Begründung und Argumentation von ihm her würden klärend wirken. Für die AKSB und ihre Mitgliedseinrichtungen ist diese Akzentsetzung und die Förderung des „Gemeinsinns“ für die nächsten Jahre eine höchst aktuelle und lohnenswerte Aufgabe – auch im Blick auf ihre eigene Rechtfertigung.

3

3 Katholisch-sozial orientierte politische Bildung im Zeichen globaler Lebenswelten

Herausforderungen: dynamische und aktuelle gesellschaftliche Veränderungen

(28) Die vergangenen zehn Jahre stehen im Zeichen einer verdichteten Globalisierung mit immer komplexer werdenden weltumspannenden Interdependenzen. Diese weltweiten Wirkungszusammenhänge lassen sich weder auf einzelne Bereiche oder Teilaspekte von Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur beschränken, noch können sie mit bisherigen Erklärungsmustern wie Internationalisierung oder mit der scheinbar naturgesetzmäßigen Dynamik des Welthandels beschrieben werden. Dieser fortschreitende Prozess fordert eine angemessene (Neu) Orientierung der Pädagogik und ihrer didaktischen Umsetzung im Allgemeinen sowie der politischen Bildung im Besonderen.

(29) Globale Entwicklungen haben in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß Auswirkungen auf die persönlichen Lebensbezüge vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Nicht nur weltwirtschaftliche Veränderungen können auf die Einzelnen einwirken (wie bei der Arbeitsplatzsicherheit), sondern auch die Aktionsräume in den Bereichen der Kultur und der politisch-gesellschaftlichen Teilhabe haben sich wesentlich geweitet. Man hat versucht, diesen Wirkungszusammenhang als „Glokalisierung“ zu beschreiben. Die Menschen stehen heute verstärkt vor der Herausforderung, sich in einer Weltrisikogesellschaft – auch in stabilen Staaten gekennzeichnet durch scharfen Wettbewerb, Unsicherheit und Instabilität – einzuordnen und darin ihre personale Identität zu wahren bzw. zu finden.

(30) Im besonderen Maße zeigt sich dies bei der Auflösung homogener kultureller Lebensräume. Zunehmende und irreversible Migrationsbewegungen haben zur Notwendigkeit einer interkulturellen Kompetenz der Einzelnen geführt. Man hat versucht,

diese Herausforderung mit dem aus der ökonomischen Theoriebildung entlehnten Konzept des „Diversity-Management“ zu begegnen, das kulturelle Vielfalt als Chance sieht. Im Kern geht es bei interkultureller Kompetenz und Sensibilität um die Fähigkeit, sich situationsgerecht und flexibel zwischen Kulturen bewegen zu können, ohne seine eigene Identität verleugnen zu müssen.

(31) Noch umfassender beschreiben unter der Bezeichnung des „Globalen Lernens“ verschiedene Modelle und Bildungsansätze die Notwendigkeit, die Inhalte, Formen und Lernfelder in dem Bereich der Bildung neu zu vermessen und diesen Themenkomplex als ein explizites wie notwendiges Lernfeld zu definieren. Hier treffen unterschiedliche Argumentations- und Deutungszusammenhänge aufeinander. Wesentliche Bestandteile des globalen Lernens sind die Aufklärung über Zusammenhänge weltweiter Interdependenzen und daraus resultierende Vor- und Nachteile der Globalisierung sowie die persönliche Verortung in einer Weltgesellschaft mit der Befähigung, sich in dieser (politisch) mündig einzubringen. Daran knüpfen sich zentrale Inhalte wie weltweite Armut und Solidarität, weltwirtschaftliche Verflechtungen, Veränderung politischer Teilhabe und kulturelle Komplexität.

(32) Ein besonderer Impuls kommt dabei aus der ökologisch motivierten Bildungsarbeit und wurde durch supranationale Organisationen wie die UNO forciert: Bildung für nachhaltige Entwicklung (education for sustainable development). Dieser Ansatz hat seinen Niederschlag auch in unterschiedlichen Programmen der formalen wie auch der non-formalen Bildung gefunden. Zu nennen sind hier etwa die Anregungen durch die Bildungsprojekte, die von den Millenniumszielen (millenium development goals) beeinflusst wurden und die weltweite ökologische Verantwortung sowie die konkrete Verbesserung des Umweltschutzes festschreiben.

(33) Gleiches gilt für die Menschenrechtsbildung; hier wurden in den letzten Jahren ebenfalls eigene Bildungskonzepte beschrieben und in die politische Bildung übertragen. In diesem Diskus-

sionszusammenhang zeigt sich besonders deutlich, dass sich unter einem Begriff oftmals facettenreiche Bezüge verbergen. So versteht man unter Menschenrechtsbildung bzw. Menschenrechtserziehung zum einen den normativen Bezugsrahmen im Sinne einer Wertevermittlung und zum anderen auch schlichtweg einen Inhalt der politischen Bildungsarbeit.

Das Individuum in der globalisierten Welt

(34) Unsere Bildungsarbeit dient der Entfaltung einer sozialverantwortlichen Individualität in einer Weltgesellschaft. Identitätsbildung muss die Herausforderung globaler Wirkungszusammenhänge in einer Weltgesellschaft stärker in den Blick nehmen. Hier gilt es, nicht nur politische und wirtschaftliche Aspekte in die Bildungsbemühungen einzubeziehen, sondern Globalisierung differenziert in ihrer Auswirkung und wechselseitigen Durchdringung von Systemen und Individuen darzustellen.

(35) Die Förderung persönlicher Solidarität hat im Zeichen verdichteter Globalisierung daher nicht nur kleinräumige, gruppenspezifische und nationale Bezüge, sondern auch Lebensbedingungen von Menschen weltweit einzubeziehen. Dieser Auftrag muss eine verstärkte Beachtung finden sowohl im Sinne einer weltweiten Solidaritätsgemeinschaft wie auch des solidarischen Handelns vor Ort. Gleiches gilt für ein weiteres Prinzip der christlichen Gesellschaftsethik, die Subsidiarität. Unabhängig von der institutionellen Ebene sind Menschen in Bildungsprozessen zu befähigen, Formen solidarischen Handelns durch subsidiäre Hilfe zu erkennen und ggf. für sich umzusetzen.

(36) Der Diversitäts-Ansatz fragt, wie Menschen mit unterschiedlicher kultureller und religiöser Herkunft konstruktiv und gleichberechtigt miteinander umgehen und voneinander lernen können. Er meint komplexe Lebenszusammenhänge, in denen sich die Einzelnen mit ihren Differenzen – durch Bildungsprozesse unterstützt – einbringen können. Dabei geht es nicht wie in der Wirt-

schaft um die bessere Effizienz von Systemen und die Nutzung der Personalressourcen, sondern es geht darum, Diskriminierung und Ausschlussmechanismen (besonders in Bildungseinrichtungen) zu vermeiden und zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und einer verantwortlichen Lebensgestaltung beizutragen.

(37) Wesentliche Voraussetzung für die persönliche Handlungsfähigkeit sind auch eine vielschichtige und umfangreiche Medienkompetenz sowie ausreichendes Bezugswissen. Die verdichtete Globalisierung ist untrennbar mit dem „Informationszeitalter“ verwoben, sie teilt nach einem bekannten Bonmot die Menschen in „user and looser“. Der Zugang zu und die Nutzung von neuen Medien und damit völlig neuartiger Kommunikations- wie Partizipationsmöglichkeiten hat indes auch die Grundlagen der Demokratie verändert, – man spricht beispielweise zu recht von e-democracy, um die Wirkungsmächtigkeit und neuartige Wertigkeit des Internets im politischen Raum zu beschreiben. Diese Veränderungsprozesse gilt es durch Lernprozesse kritisch zu begleiten.

Globales Lernen

(38) Auf den einfachsten Nenner gebracht lässt sich „Globales Lernen“ als Bildungsprozess beschreiben, der zum Erwerb von Kompetenzen führt, um sich in der Weltgesellschaft gewandt, flexibel und mündig zurechtzufinden. Die beiden Ansätze – sowohl der normative als auch der evolutionär-systemtheoretische – lassen sich in der Tradition der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung wieder finden. Globales Lernen betont die Unterscheidung, fordert aber auch die Berücksichtigung der drei Ebenen Subjektorientierung, Sachorientierung sowie Wertorientierung und folgt dem klassischen pädagogischen Paradigma von Sehen – Urteilen – Handeln.

(39) Auch wenn die genannten Paradigmen in der AKSB längst integraler Bestandteil der Bildungsarbeit sind, gilt es, die globale Perspektive intensiver zu beachten und auf didaktisch-methodi-

scher Ebene umzusetzen. Nicht nur in Seminaren mit dezidiert globalen Lerninhalten, sondern auch in Seminaren in anderen Themenfeldern sind weltweite Verflechtungen mit in den Blick zu nehmen. Es ist auch für katholisch-sozial orientierte politische Bildungsarbeit notwendig, „Globalisierung als Fokus“ zur Querschnittsaufgabe zu machen.

(40) Das Bildungskonzept der nachhaltigen Entwicklung stand zu Unrecht in der Kritik, ausschließlich die ökologische Dimension zu betonen; heute wird das Konzept umfassender verstanden. Eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Fragen in unserer Bildungsarbeit ist jedoch wichtig. Es gilt, ökologische Verantwortung nicht nur als Bezugsfeld oder Umfeld für andere Dimensionen, sondern aus sich selbst heraus als notwendig anzusehen. Mit anderen Worten: die Bewahrung der Schöpfung ist ein Wert an sich, der in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung eine ihm entsprechende Rolle spielen muss.

(41) Die Auseinandersetzung um die Abgrenzung von Kampagnenarbeit und Bildungsarbeit lenkt die Aufmerksamkeit auf bisher wenig genutzte Potentiale. Einzelne und offene Kampagnen können verstärkt als Motivation bzw. Bezugspunkt für konkrete Bildungsangebote genutzt werden. Außerdem liegt eine Stärke unserer Institutionen darin, Menschen bei einer notwendigen Reflexion konkreter Aktionen zu begleiten und ihnen dabei auch Handlungskompetenz zu vermitteln.

(42) Im Bereich des globalen Lernens wird zuweilen die Auswirkung der Globalisierung auf die Demokratie vernachlässigt. Im Zentrum der politischen Bildung steht immer wieder die Auseinandersetzung um Bedingungen, Sicherung und Belebung demokratischer Strukturen. Wie bereits oben beschrieben, haben sich die Referenzrahmen, wie im Konzept des Weltbürgers oder auch Formen der e-democracy grundlegend geändert. Es gilt, dieser dynamischen Entwicklung in der konkreten Bildungsarbeit Rechnung zu tragen.

Menschenrechtsbildung

(43) Menschenrechtsbildung kann im oben beschriebenen Sinne beides beinhalten: unsere Bildungsbemühungen müssen auf diese normativen Grundlagen hin ausgerichtet sein und die Vermittlung von Wissen um die allgemeinen Menschenrechte sollte Gegenstand von Bildungsmaßnahmen sein und bleiben. Der Impuls, Menschenrechte auch als Lerninhalt aufzugreifen, kann stärker umgesetzt werden. Menschenrechte sollten immer wieder als normative Bezugsgröße befragt werden.

(44) Menschenrechte als normatives Bezugsfeld tauchen in der Christlichen Gesellschaftslehre dezidiert auf. Christliches Menschen- und Weltbild stehen nicht im Gegensatz zu, sondern in einem gemeinsamen Bezugsfeld mit den allgemeinen Menschenrechten, wobei die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte als gleichwertig angesehen werden sollten.

(45) Die Diskussion um Menschenrechte und um ihre Beachtung kann auch im Nahbereich hilfreiche Selbstreflexionen auslösen. Sie halten uns den Spiegel vor, wie in katholisch-sozial orientierten Bildungseinrichtungen grundlegende Forderungen – beispielsweise der Geschlechtergerechtigkeit oder der „Option für die Armen“ – berücksichtigt werden.

(46) Schließlich findet sich in diesem Konzept der Menschenrechtsbildung auch eine der wichtigen Nahtstellen zwischen formaler und non-formaler Bildung. Hier lassen sich Potentiale einer komplementären Bildung zwischen Schule, Universität und Arbeitsplatz, Bildungshaus und Verband finden, wie sie in den Leitlinien und der Tradition einer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung festgeschrieben sind.

4

Fazit

(47) Die Herausforderungen an die politische Bildung und damit die Basis und Bezugsfelder innerhalb der AKSB haben in den vergangenen Jahren auch durch verschiedene Konzepte wie die Menschenrechtsbildung, die Konzepte globalen Lernens sowie Impulse aus der Entwicklungszusammenarbeit und der Dynamisierung von kulturellen wie politischen Lebenswelten dazu geführt, die eigenen Grundlagen zu befragen und damit auch die Konvention fortzuschreiben. Die bisherigen Antworten beziehen sich vielfach auf Diskussionszusammenhänge und Forderungen, wie sie weiterhin gültig in der AKSB-Konvention von 1998 beschrieben wurden. Gleichwohl gilt es, diese aktuellen Herausforderungen aufzugreifen, um die Grundaussagen der Konvention und ihre Bedeutung in Erinnerung zu rufen und aktualisiert fortzuschreiben. Dies bedeutet unter anderem, Globalisierung als Querschnittsthema und Menschenrechte als normative Bezugsgröße katholisch-sozial orientierter politischer Bildungsarbeit stärker in den Blick zu nehmen.

4 Ausblick

(48) Dieser Text ist – wie bereits in der Einleitung beschrieben – eine Ergänzung und Aktualisierung der „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“. Er bietet zu drei grundlegenden Aspekten der Konvention eine Präzisierung und Weiterentwicklung auf der Basis aktueller Fachdebatten. Gleichzeitig bildet er ein Arbeitsprogramm, um die Grundlagen katholisch-sozial orientierter Bildungsarbeit weiter zu diskutieren und immer wieder an aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen anzuknüpfen. Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke will auch zukünftig auf der Basis ihres in der Konvention und in diesem ergänzenden und aktualisierenden Papier festgeschriebenen Selbstverständnisses politische Bildung anbieten, dabei aber immer „am Puls der Zeit“ bleiben.

5 Literatur

5

- Ackermann, Paul:* Der interventionsfähige Bürger als zukunfts-fähiges Leitbild. Politische Leitbilder und Partizipationsmög-lichkeiten. In: Der Bürger im Staat, Heft 3/99, S. 170-173.
- Ackermann, Paul:* Die Bürgerrolle in der Demokratie als Be-zugsrahmen für politische Bildung. In: Gotthard Breit, Siegfried Schiele (Hrsg.): Handlungsorientierung im Politikunter-richt. Schwalbach/Ts. 1998, S. 13-34.
- AKSB (Hrsg.):* Grundsatzpapiere der AKSB zur politischen Bil-dung (= AKSB Dokumente – Manuskripte – Protokolle, Heft 27). Bonn 1999.
- Barber, Benjamin:* Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg 1994.
- Batt, Helge:* Der partizipative Staatsbürger. Über den Zusam-menhang zwischen partizipatorischer Demokratie, Demo-kratiebewusstsein und Politischer Bildung. In: Dirk Lange, Gerhard Himmelmann (Hrsg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden 2007, S. 117-133.
- Beck, Ulrich:* Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Bonn 2007.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.):* Orientie-rungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (zusam-mengestellt und bearbeitet von Dieter Appelt und Hannes Siege). Berlin 2007.
- Ulrich Beck, Edgar Grande:* Das kosmopolitische Europa. Gesell-schaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt/M. 2004.
- Becker, Helle:* Eine Zwillingaufgabe von Europarat und EU: Von Human Rights Education zu Education for Democratic Citizen-ship. In: Achim Schröder, Helmolt Rademacher, Angela Merkle (Hrsg.): Handbuch Konflikt und Gewaltpädagogik. Verfahren für Schule und Jugendhilfe. Schwalbach/Ts. 2008, S. 425-440.

- Collier, Paul*: Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. Bonn 2008.
- Crouch, Collin*: Postdemokratie. Frankfurt/M. 2008.
- Detjen, Joachim*: Politische Bildung. München/Wien 2007.
- Detjen, Joachim*: Bürger, Zuschauer, Engagierte. Leitbilder der politischen Bildung. In: AKSB (Hrsg.): Jahrbuch 2009/2010. Politische Bildung für die Demokratie. Schwalbach/Ts. 2009, S. 44-53.
- Dettling, Wilfried; Grillmeyer, Siegfried*: Das Feuer entfachen. Die Botschaft des Evangeliums in der globalen Welt. Würzburg 2009.
- Deutsches Institut für Menschenrechte, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)*: Kompass. Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Deutsche Fassung der Publikation des Europarates. Berlin 2005.
- Emunds, Bernhard*: Solidarität – kein überflüssiger Begriff. Frankfurt/M. 2008.
<http://www.sankt-georgen.de/nbi/solidaritaetja.pdf> (20.10.2009).
- Ferdowsi, Mir A.*: Weltprobleme. Bonn 2007.
- Filipović, Alexander*: Das Personalitätsprinzip: Zum Zusammenhang von Anthropologie und christlicher Sozialethik. In: AKSB (Hrsg.): Am Puls der Zeit. Beiträge zur AKSB-Konventionsdebatte (= AKSB-Werkstatt, Nr. 4). Bonn 2008, S. 6-26.
- Fukujama, Francis*: Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir? (The End of History and the Last Man). München 1992.
- Gabriel, Karl, Große Kracht, Hermann-Josef*: Art. Gemeinwohl. In: Walter Fürst und Jürgen Werbick (Hrsg.): Katholische Glaubensfiel. Freiburg/Rheinbach 2004.
- Gesellschaft Wirtschaft Politik*: Sozialwissenschaften für politische Bildung. Leverkusen 2009.
- Grillmeyer, Siegfried (Hrsg.)*: „Wir sind die besseren Globalisierer“. Praxishandbuch der werkstatt-weltweit für globales Lernen und Freiwilligendienste. Schwalbach/Ts. 2007.

- Große Kracht, Hermann-Josef*: Katholische Sozialprinzipien in der Krise? Eine Warnung vor voreiligen Verabschiedungen. In: AKSB (Hrsg.): Am Puls der Zeit. Beiträge zur AKSB-Konventionsdebatte (= AKSB-Werkstatt, Nr. 4). Bonn 2008, S. 27-35.
- Himmelman, Gerhard*: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts. 2001.
- Himmelman, Gerhard*: Was ist Demokratiekompetenz? Ein Vergleich von Kompetenzmodellen unter Berücksichtigung internationaler Ansätze (= Beiträge zur Demokratiepädagogik, hrsg. von Wolfgang Edelstein und Peter Fauser). Berlin 2005. <http://blk-demokratie.de/materialien/beitraege-zur-demokratiepaedagogik/himmelman-gerhard-2005-was-ist-demokratiekompetenz.html>
- Höffe, Otfried*: Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 779). Bonn 2009.
- Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)*: Global Governance. Unsere Verantwortung, Globalisierung zu einer Chance für alle werden zu lassen. Ein Bericht an die Bischöfe der COMECE. Brüssel 2001. Download: www.comece.org/upload/pdf/pub_GG_010900_de.pdf.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften*: Memorandum über Lebenslanges Lernen. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Brüssel 2000.
- Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB. In: AKSB (Hrsg.): Grundsatzpapiere der AKSB zur politischen Bildung. (= AKSB Dokumente – Manuskripte – Protokolle, Heft 27). Bonn 1999.
- Le Monde diplomatique*: Atlas der Globalisierung. Sehen und verstehen, was die Welt bewegt. Paris 2009.
- Lösch, Bettina*: Deliberation und politische Bildung. In: Außer-schulische Bildung. Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Heft 4-2008, S. 378-383.

- Lösch, Bettina*: Deliberative Politik – Demokratisches Bewusstsein und politisches Handeln. In: Dirk Lange, Gerhard Himmelmann (Hrsg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der politischen Bildung. Wiesbaden 2007, S. 77-86.
- Massing, Peter*: Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung. In: Will Cremer u. a. (Hrsg.): Politische Erwachsenenbildung. Ein Handbuch zu Grundlagen und Praxisfeldern. Bonn 1999, S. 21-60.
- Massing, Peter*: Gesellschaftliche Relevanz der „Konvention“ aus Sicht der Politikdidaktik. In: AKSB (Hrsg.): Am Puls der Zeit. Beiträge zur AKSB-Konventionsdebatte (= AKSB-Werkstatt, Nr. 4). Bonn 2008, S. 60-73.
- Meyer, Thomas*: Was ist Politik? Opladen 2000.
- Mouffe, Chantal*: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M. 2007.
- Nell-Breuning, Oswald von*: Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre. München 21985.
- Nuscheler, Franz*: Entwicklungspolitik. Bonn 2006.
- Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden (Hrsg.)*: Kompendium der Soziallehre der Kirche. Freiburg 2006.
- Rohe, Karl*: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Stuttgart 1994.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland*: Stärkung der Demokratieerziehung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009. Download unter:
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf
- Šliwka, Anne*: Bürgerbildung. Demokratie beginnt in der Schule. Weinheim/Basel 2009.
- Šliwka, Anne*: Service Learning: Verantwortung lernen in Schule und Gemeinde (= Beiträge zur Demokratiepädagogik, hrsg. von Wolfgang Edelstein und Peter Fauser). Berlin 2004.

- Stiglitz, Joseph*: Die Chancen der Globalisierung. München 2006.
- Sutor, Bernhard*: Kleine Politische Ethik. Opladen 1997.
- Thomas, Alexander*: Grundlagen der interkulturellen Psychologie. Nordhausen 2005.
- Thomas, Alexander/Abt, Heike/Chang, Celine (Hrsg.)*: Internationale Jugendbegegnungen als Lern- und Entwicklungschance. Erkenntnisse und Empfehlungen aus der Studie „Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendaustauschprogrammen auf die Persönlichkeitsentwicklung“. Bensberg 2006.
- Thomas, Alexander/Chang, Celine/Abt, Heike*: Erlebnisse, die verändern. Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen. Göttingen 2007.
- Thomas, Alexander/Stögbauer, Eva-Maria/Müller, Henriette-Muriel*: Interreligiöse Kompetenz als fundamentaler Aspekt Internationaler Handlungskompetenz. Nordhausen 2006.
- Welthaus Bielefeld in Kooperation mit Institut für intern. Zusammenarbeit des dt. Volkshochschulverbandes; Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in NRW; Misereor; World Vision, Deutschland (Hrsg.)*: Atlas der Weltverwicklungen. Ein Schaubilderbuch über Armut, Wohlstand und Zukunft in der Einen Welt. Wuppertal 2001.
- Wilhelms, Günther*: Subsidiarität. In: AKSB (Hrsg.): Am Puls der Zeit. Beiträge zur AKSB-Konventionsdebatte (= AKSB-Werkstatt, Nr. 4). Bonn 2008, S. 36-47.
- Widmaier, Benedikt, Steffens, Gerd (Hrsg.)*: *Weltbürgertum und Kosmopolitisierung: Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung*. Schwalbach/Ts. 2010.

Zustimmend zur Kenntnis genommen bei der
AKSB-Mitgliederversammlung am 24.11.2009 in Fulda

Die Ziffern im folgenden Sachregister beziehen sich auf die Absatzziffern in der Konvention von 1998 (= K) und in den Aktualisierenden Ergänzungen von 2009 (= AE).

AKSB

- Arbeitsstrukturen K: 28, 32
- Aufgaben K: 1, 28f
- Bildungsauftrag K: 14, 18f
- Zentralstelle K: 29
- Ziele K: 1, 28,35

Politische Bildung K: 1f, 3, 14, 16f, 21f, 24f, 31; AE: 5f, 7, 22f

- Für nachhaltige Entwicklung AE: 32
- Katholisch-sozial orientierte politische Bildung
 - Angebot* K: 16, 19
 - Bildungshäuser* K: 33
 - Demokratietheoret. Verortung* AE: 1-5
 - Eigenständigkeit* K: 16f, 26
 - Einordnung im Bildungssystem* K: 14
 - Fortbildung* K: 32
 - Grundlage* K: 3
 - Grundsicherung des Angebotes* K: 26
 - Kooperation* K: 35-38
 - Lernziele* K: 18f
 - Motivation* K: 16, 19
 - Öffentliche Förderung* K: 26
 - Personales Angebot* K: 30ff
 - Qualitätssicherung* K: 2, 37
 - Thematische Schwerpunkte* K: 34; AE: 11f, 38f
 - Wertorientierung* K: 23, 30f
 - Ziele* K: 4, 7, 18, 19; AE: 20-26
- Non-formale politische Bildung AE: 10, 46
- Menschenrechtsbildung AE: 22, 33, 43, 46
- Plurale Trägerstruktur K: 24
- Wertorientierung allgemein K: 21, 24

- A**ktive europäische Bürgerschaft AE: 11, 12
- B**eutelsbacher Konsens K: 23
- Bewahrung der Schöpfung K: 19
- Bürgergesellschaft K: 14, 21; AE: 22, 38
- Bürgertypen AE: 9-11
- C**hristliche Sozialethik K: 3ff, 6, 8-13; AE: 11, 27, 35
- D**emokratie K: 18f; AE: 0, 1, 7, 22, 42
- Demokratiemodelle AE: 2, 4
- Demokratiepädagogik AE: 4, 6
- Demokratiezufriedenheit AE: 3
- Demokratietheoret. Grundlegung AE: 1-5
- Diversitäts-Ansatz AE: 36
- E**ngagement K: 16, 19, 31ff; AE: 0, 7, 19, 23
- Europäische Integration K: 12, 19
- F**amilie K: 4, 19f
- Förderung von Kompetenzen K: 12
- Freiheit K: 3, 6, 15; AE: 21, 27
- Frieden K: 7, 19
- G**emeinwohl K: 10f, 15, 19; AE: 13-19, 22, 23, 27
- Gerechtigkeit K: 6f, 19; AE: 17
- Geschlechtergerechtigkeit K: 19
- Geschlechterverhältnis K: 4, 34
- Gesellschaftl. Herausforderungen K: 3ff, 7, 14, 34; AE: 0, 6, 27, 48
- Gestaltung/Mitgestaltung K: 4, 11, 14f, 18f, 21f, 26, 30; AE: 3, 36
- Gewissen K: 3, 6, 14
- Globales Lernen AE: 31, 38f, 42
- Globalisierung K: 19; AE: 28-31, 34, 37, 47
- Grundgesetz K: 9, 21
- I**dentitätsbildung K: 4, 17
- Interkulturelle Kompetenz AE: 30
- Internationalität K: 18f, 29, 34; AE: 17, 28
- K**irche und politische Bildung K: 2, 22, 27, 39
- Kultur K: 8, 11, 16, 18f, 22, 24, 30; AE: 16, 28-31, 36, 47
- L**ebenslanges Lernen K: 14; AE: 11
- Lebensweltorientierung K: 18
- Lernziele K: 18

- M**edienkompetenz K: 19; AE: 37
Menschenbild, christliches K: 3ff
Menschenrechte K: 9; AE: 17, 43ff, 47
Menschenwürde K: 3, 6, 9, 12; AE: 26, 27
Nachhaltigkeit K: 19; AE: 0, 33, 40
Naturwissenschaft K: 16f, 19
Ökologie K: 19
Partizipation K: 18f; AE: 4, 10, 12, 19, 22
Person, Personalität K: 3-5, 6, 8; AE: 17, 21, 23, 26, 27, 29
Pluralismus K: 21, 24, 26, 39
Politik (Umschreibung) K: 15f; AE: 6, 13
Politikdidaktik AE: 2, 5, 9, 11
Rechtsstaat K: 15
Selbstbestimmte Selbstdeutungen AE: 23, 26
Selbstverwirklichung K: 6
Solidarität K: 7, 11f, 14, 19, 35; AE: 18, 23, 25, 35
Soziale Marktwirtschaft K: 11, 19
Soziale Netzwerke K: 19
Soziales Lernen AE: 7
Staat K: 4, 6f, 9ff, 13ff, 18f, 21f, 25f; AE: 18, 28
Subsidiarität K: 12, 19; AE: 19, 35
Verantwortung K: 3ff, 10, 12, 14f, 18f, 25f, 32, 35, 39; AE: 13, 18, 23, 32, 36, 40
Weltbürgertum AE: 11, 42
Weltgesellschaft AE: 31, 34, 38
Weltrisikogesellschaft AE: 29
Wertevermittlung K: 18; AE: 33
Wertewandel K: 4
Wertorientierung K: 3f, 21, 23, 26, 30, 39; AE: 38
Zivilgesellschaft K: 19; AE: 6

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB)

Die AKSB ist Mitglied in der Europäischen Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA), der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und in der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss Politische Bildung (bap).

Gemeinsam mit der Deutschen Katholischen Erwachsenenbildung (KBE, Landes- und Diözesanarbeitsgemeinschaften) und der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) / Jugendhaus Düsseldorf ist die AKSB Träger des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in Brüssel. Zu den Aufgaben des Europabüros gehören die Information über europäische Bildungspolitik und die Entwicklung der Förderprogramme der EU, Lobbying und Präsenz in Brüssel und die Interessenvertretung des Katholischen Netzwerks Jugend in Europa (Rete Juventutis RJ).

Informationen

- > zur AKSB Konvention: www.aksb.de > *Konvention*
- > zu Mitgliedseinrichtungen: www.aksb.de > *Mitgliedseinrichtungen*
- > zum Kursangebot der AKSB: www.aksb.de > *Kursangebot*
- > zur Arbeit der AKSB Fachgruppen: www.aksb.de/imtrend
- > zur trügereigenen Datenbank „Didaktische Dokumentation“: www.aksb.de > *didado*

Kontakt:

AKSB-Geschäftsstelle

Heilsbachstraße 6 · 53123 Bonn
Tel.: 0228-2 89 29 30 · Fax: 0228-2 89 29 57
info@aksb.de · www.aksb.de

Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Av. Tervuren 221 · B-1150 Brüssel
Tel.: 00 32 2 738 07 90 · Fax: 00 32 2 738 07 95
office@cathoyouthadult.org · www.cathoyouthadult.org

Impressum:

Herausgeber:

Lothar Harles im Auftrag des Vereins zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Redaktion:

Markus Schuck
Ulrike Leikhof

Gestaltung:

Marie-Theres Pütz-Böckem, Agentur für Öffentlichkeitsarbeit
Bonn

Druck:

Das Druckhaus
Alfter

© by AKSB
Bonn 2010

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

ak**sb**

Am Puls der Zeit

gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend